Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie

Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung u. Versandstelle: Charlottenburg 1, Brahestr. 2–5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 u. 5647.

Nummer 20 | Berlin, den 16. Mai 1931 | 6. Jahrgang

Nicht Notverordnungen, Arbeit und Brot will das Volk!

Die Regierung Brüning versucht, mit Notverordnungen und Polizeimaßnahmen die bestehenden wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Schwierigkeiten zu meistern. Erfolge erzielte sie bisher nicht. Wer so im Volke herumhört und die Ohren offen hat, wird vernehmen, daß die Regierungsmaßnahmen eine sehr böse, eine gefährlich schleichende Stimmung, also das Gegenteil auslösen von dem, was die Regierung bezwecken möchte. Es ist mehr als Mißstimmung, was sich breit macht, es ist der verhängnisvolle Irrglaube, der in den Worten verankert ist: So kann es nicht weitergehen. Das Volk erkennt nicht mehr, es glaubt an eine und hofft auf eine Aenderung der bestehenden Zustände. Von wem die Aenderung versprochen wird, ist den bedrückten Menschen ganz gleich; sie überlegen auch nicht etwa, was danach kommt, wie das aussieht, und denken auch nicht daran, daß in solcher Lage das Elend und die Not nur größer und umfangreicher werden müssen. Für sie ist bestimmend, daß es so nicht weiter gehen kann, und daß eine Aenderung herbeigeführt werden muß.

Die Reichsregierung hat eine unglückliche Hand, ihre Maßnahmen finden kein Verständnis, und sie kann als ihren Wahlspruch gelten lassen: Wie man's macht, ist's verkehrt. Die Regierung Brüning hat keine Freunde mehr, ihr will nichts mehr gelingen. Ihr fehlt jegliche Stütze im Volk. Darin liegt ein Versagen.

Wenn die mißliebige Stimmung im ganzen Volk gegen die Regierung Brüning Fuß fassen konnte, so ist das schon verständlich, denn sie vollzog Maßnahmen, die wahrlich keine Freundschaftsgefühle aufkommen lassen konnten. Die Regierung Brüning ging in erster Linie gegen das arbeitende Volk vor, auf das sie sich eigentlich ernstlich stützen müßte. Sie leitete den Lohnabbau ein, verschlechterte die Arbeitslosenversicherung, kam mit der Preissenkung nicht durch, belastete durch die Zollerhöhungen die schon opfernde arbeitende Bevölkerung in außerordentlich hohem Maße, und kündigt noch weitere Verschlechterungen an. Dabei bekam die grüne Front Osthilfe und Zollerhöhungen, soviel sie nur haben konnte. Wer aber der Meinung ist, die Reichsregierung hätte nun auch in der grünen Front einen starken politischen Rückhalt, der irrt. Die Landwirtschaft ist keine Regierungsstütze, sondern das Gegenteil, sie hat die Hand an der Gurgel des Staates und drückt zu, wenn ihr Wille nicht getan wird. Die grüne Front tut dies sehr oft, je mehr sie bekommt, desto begehrlicher wird sie. Kein Minister setzt seine Forderungen in höchster Notzeit des Staates in so rücksichtsloser Weise durch, wie der Interessenpolitiker der Landwirtschaft, der Reichsernährungsminister Schiele. Lujo Brentano weist in einem Artikel: „Mein Austritt aus dem Verein für Sozialpolitik" im „Berliner Tageblatt" darauf hin, daß die Reichsregierung alle ihre Maßnahmen der Zollpolitik im Interesse von 17 000 Großgrundbesitzern in Ostpreußen und überschuldeten Landwirten im Süden traf. „Sie sind gewiß sehr zu beklagen", schreibt er, „und weitherziger Hilfe wert. Aber Millionen, die, wenn man ihnen die unentbehrlichsten Lebensmittel unerreichbar macht, zur Verzweiflung, zu Raub, Mord und Selbstmord getrieben werden." Diese Feststellung trifft ein achtbarer bürgerlicher Gelehrter von Weltruf. Ob die Reichsregierung solche Stimmen beachtet? Wir möchten es bezweifeln, denn gewarnt wurde rechtzeitig, aber gehört haben die Minister nicht. Der Großgrundbesitz hat sein Teil weg und viele Forderungen durchgesetzt. Die Allgemeinheit brachte ihm unermeßliche Opfer und schädete sich selbst. Das Volk nahm Brot- und Lebensmittelverteuerung hin und murrte. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten mußten Lohn- und Gehaltsabbau ertragen, wodurch Handel und Wandel schwer geschädigt wurden. Das Reich bekommt seine Steuern nicht herein. Das Defizit beträgt gegenwärtig 1250 Millionen Reichsmark. Dahin führte also die Politik der Regierung Brüning. Der Leidenskelch ist aber noch nicht bis zum Ende geleert. Das arbeitende Volk soll die letzte Bitternis kosten. Es soll noch weitere Anschläge auf die Sozialpolitik diktiert bekommen und weitere indirekte Steuern erdulden. Die Getreidezölle der Reichsregierung brachten bereits eine jährliche indirekte Belastung von 35 RM pro Kopf der Bevölkerung, unsere Lebensmittelpreise liegen hoch über den Weltmarktpreisen und unsere Löhne weit darunter. Ist sich die Reichsregierung darüber klar, daß ein Volk eine derartig einseitige und ungerechte Politik und die Wirtschaft solche Zwangsmaßnahmen und Belastungen nicht ertragen können? Wenn die Regierung ihre einseitige Interessenpolitik zum Schaden des Volkes und der Wirtschaft, wenn sie ihre lebensverteuernden und ihre zur Verzweiflung treibenden Maßnahmen nicht einstellt und unterläßt, darf sie sich nicht wundern, wenn es im Volke gärt und rumort, und wenn sie ihren politischen Rückhalt verliert.

Das arbeitende Volk will gar keine Liebesgaben und keine allgemeinen Mittel für sich, es fordert nur, daß mit der einseitigen Interessenpolitik für kleine Schichten Schluß gemacht wird. Die Arbeiter und die Arbeitslosen leiden, hungern und darben schon genug, sie nehmen weitere zugedachte Lasten nicht mehr hin in einer Zeit, in der die grüne Front so unterstützt wird, und die Bäcker infolge der hohen Zölle das Brot verteuern müssen. Hoffentlich erkennt das die Reichsregierung noch rechtzeitig. Bisher hatte sie keinen Sinn dafür, und untergrub sich selbst das Vertrauen, das viele Menschen in sie setzten.

Wenn sich zur Lebensmittelverteuerung, zur Lohn- und Gehaltssenkung, zur Rentenkürzung und zur Verschlechterung der Arbeitslosen- und Invalidenversicherung noch die geistige Knechtung und Bedrückung besonders der freigesinnten Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft gesellt, wenn in kultureller Beziehung etwa die dunkelsten Pläne übelster Demagogen noch reifen sollten, dann wehe dir, deutsches Volk. Eine Zeit finsterster Reaktion würde über dich hereinbrechen, und die Entwicklung um Jahrzehnte zurückwerfen. Dahin muß diese Regierungspolitik führen.

Deshalb muß vor allem die organisierte Arbeiterschaft auf dem Posten sein, und darf sich nicht in den allgemeinen Glaubens- und Hoffnungsstrudel hineinziehen lassen; so kann es nicht weiter gehen. Wenn das schon eintreten sollte, und es ginge auf diesem Regierungswege nicht weiter, dann müssen die Organisationen der Arbeiterschaft wieder den verfahrenen Staatskarren aus dem Dreck ziehen helfen. Damit dann auch einmal die Arbeiterschaft „dran kommen" kann, müssen alle Vorbereitungen getroffen, und die Vorbedingungen in starken, unüberwindlichen Gewerkschafts- und Wirtschaftsorganisationen geschaffen werden.

Wenn das Unternehmertum und seine Organisationen, wenn Regierungen so gemischter Couleur nicht mehr in der Lage sind, die Dinge zu meistern, wenn die politischen Regierungsmaßnahmen versagen, und wenn es den Leuten am Staatssteuer nicht mehr gelingen will, eine gerechte Politik zu treiben, und Staat und Volk in noch größere Schwierigkeiten bringen, als sie zu sein brauchten, dann bleibt letzten Endes nichts anderes mehr übrig, als daß die gesamte Arbeiterschaft das Staatsschiff in günstigeres, weniger klippenreiches Fahrwasser lenkt.

Diese Art Regiererei läßt auch erkennen, daß die Wirtschaft von dieser Seite her nicht angeregt werden kann, und daß auch auf diese Weise die Schwierigkeiten für den Staat nicht beseitigt werden. Es wird Zeit, höchste Zeit sogar, daß die Regierung das selbst erkennt.

Die Regierung wird gewarnt. Die Arbeiterschaft ruft ihr zu:

Halt' ein mit deinem Segen!

Das Volk will Arbeit und billiges Brot und keine Notverordnungen. Das Volk will aber auch, daß, wenn Opfer gebracht werden müssen, sie von allen Kreisen zu bringen sind.

Das Verbandsjahr 1930

2. Das Finanzwesen.

Der Mitgliederrückgang, über den wir im vorhergehenden Artikel berichteten, hat naturgemäß auch auf die Gestaltung der Finanzverhältnisse unseres Verbandes einen starken Einfluß ausgeübt. Gesamteinnahme und Gesamtausgabe sind um mehr als eine halbe Million Mark zurückgegangen.

Die Einnahmen in den beiden letzten Jahren stehen sich wie folgt gegenüber:

	1929 RM	1930 RM
Kassenbestand vom Vorjahre	4 139 191,19	5 162 707,28
Einnahmen aus Beiträgen	21 988 750,04	20 139 637,98
Sonstige Einnahmen	1 110 947,59	1 390 654,93
	27 238 888,82	26 693 000,19

Daß die Einnahmen aus den Beiträgen um mehr als 1 800 000 RM zurückgegangen sind, ist kein Wunder angesichts der ungeheuren Arbeitslosigkeit und bei dem Verlust von 28 145 Mitgliedern. Die Arbeitslosigkeit unter den Verbandsmitgliedern brachte es mit sich, daß bedeutend mehr Erwerbslosenmarken geklebt wurden als in früheren Jahren, und das bedeutet natürlich einen gewaltigen Ausfall an den Beitragseinnahmen. Dieser Ausfall zeigt sich auch darin, daß im Jahre 1929 durchschnittlich von jedem Mitgliede 46,33 RM pro Jahr an Beiträgen gezahlt wurden, während es im Jahre 1930 nur 44,20 RM durchschnittlich entrichtete. Trotzdem ist das Beitragsergebnis verhältnismäßig nicht ungünstig, denn die Zahl der geleisteten Wochenbeiträge je Mitglied und Jahr ist von 46,7 im Jahre 1929 auf 48,5 im letzten Jahre gestiegen. Es ist also durchaus kein Nachlassen in der Bereitwilligkeit der Mitglieder, dem Verbande die finanziellen Mittel zuzuführen, deren er zur Erfüllung seiner Aufgaben bedarf, wenn die Beitragseinnahmen einen Rückgang aufweisen. Das hat seinen Grund lediglich in der fast unerträglichen materiellen Not, die im Krisenjahr 1930 über die Mitglieder unseres Verbandes hereinbrach.

Um diese Not zu lindern, wurden auch im Jahre 1930 vom Verbande ganz erhebliche Summen ausgegeben. Und ein Vergleich der für Unterstützungszwecke in den letzten Jahren ausgegebenen Summen zeigt erst, wie schwer die Not auf unseren Mitgliedern lastete. Es wurden für Unterstützungen aller Art gezahlt:

im Jahre 1926	4 596 830,83 RM
im Jahre 1927	4 528 125,63 RM
im Jahre 1928	6 595 688,— RM
im Jahre 1929	6 798 995,85 RM
im Jahre 1930	10 418 702,71 RM

Das sind fast 33 Millionen Reichsmark, die in den letzten fünf Jahren an die Mitglieder ausgezahlt wurden. Gibt es einen besseren Beweis dafür, daß die Gewerkschaften ein Stück Sozialismus sind?

Das sturmflutartige Ansteigen der Summen, die im letzten Jahr für Unterstützungen ausgegeben werden mußten, zeigt aber auch besser als viele Worte, wie jäh und mit welcher fürchterlichen Wucht die Wirtschaftskrise über unsere Kollegen und Kolleginnen hereinbrach. Das zeigt auch folgende Tabelle, die die Ausgaben für Unterstützungszwecke gegliedert aufweist und gleichzeitig einen Vergleich mit dem Jahre 1929 ermöglicht.

	1929 RM	1930 RM
An Reisende	6 464,86	12 239,50
An Arbeitslose	3 194 555,37	5 330 546,59
An Kranke	2 879 133,64	3 146 283,85
Rechtsschutz	41 918,50	43 363,74
Umzugsgeld	115 882,75	40 526,19
Notlagenunterstützung	16 652,08	177 675,77
Sterbegeld	353 260,74	347 246,55
Gemaßregeltenunterstützung	16 085,33	26 961,73
Streikunterstützung	175 042,58	259 107,47
Invalidenunterstützung	—	1 184 751,27
	6 798 995,85	10 418 702,71

Wie sehr die Frage der Arbeitslosigkeit auch unser Finanzwesen beherrscht, geht aus der Mehrausgabe von über 2½ Millonen Reichsmark für die Erwerbslosenunterstützung hervor. Die Folgen der Wirtschaftskrise für unsere Mitglieder treten uns aus diesen Zahlen brutal entgegen. Die auffallende Steigerung der Ausgaben für die Notlagenunterstützung erklärt sich daraus, daß ihr die im Dezember 1930 an die arbeitslosen ausgesteuerten Mitglieder ausgezahlte Sonderunterstützung hinzugerechnet wurde. Auch die Ausgaben für den neuen Unterstützungszweig, die Invalidenunterstützung, fallen bei der Gesamtsumme sehr stark ins Gewicht. Es ist keine Frage, daß die Unterstützungseinrichtungen unseres Verbandes den Mitgliedern in allen Wechselfällen des Lebens eine wertvolle Hilfe bieten. Ohne diese Hilfe wären unsere Kollegen und Kolleginnen noch viel mehr Entbehrungen und noch viel mehr Not ausgesetzt gewesen. Ganz gewiß machte erst die Verbandsunterstützung es vielen Mitgliedern möglich, der Organisation die Treue zu halten, so daß die allerdings sehr hohen Ausgaben für Unterstützungszwecke mit dazu beigetragen haben, daß der Mitgliederrückgang im verflossenen Jahre nur 6 v. H. betrug, während wir in den Krisen der Vorkriegszeit oft 20 bis 25 v. H. verloren. Immerhin ist die Belastung der Verbandskasse durch die vielerlei Unterstützungen ziemlich stark. Von der gesamten Einnahme an Beiträgen flossen über 51 v. H. in der Form von Unterstützungen an die Mitglieder zurück und etwa 39 v. H. der Gesamtausgaben wurden für Unterstützungen aller Art verwendet. Im Jahre 1929 betrug die ausgezahlte Unterstützungssumme je Mitglied 14,32 RM, im Jahre 1930 aber 22,86 RM. Alles in allem bietet die Tabelle ein getreues Bild der trüben wirtschaftlichen Lage im Jahre 1930. Das zeigt sich auch in den vermehrten Ausgaben für die Gemaßregeltenunterstützung, ein Beweis für die gestiegene Angriffslust der Unternehmer. Diese Unternehmerangriffe abzuwehren, dienten auch die gestiegenen Ausgaben für die Streikunterstützung, denn die meisten unserer Lohn- und Tarifbewegungen im Jahre 1930 waren Abwehrkämpfe, wie wir in dem Bericht über unsere Lohnbewegungen gesehen haben.

Die folgende Aufstellung gibt ein Bild über die Verteilung der Gesamtausgaben im Jahre 1930. Sie ermöglicht auch einen Vergleich mit den Ausgaben im Vorjahre. Es wurden ausgegeben für:

	1929 RM	1930 RM
Unterstützungen aller Art	6 798 995,85	10 418 702,71
Anteile der Zahlstellen an den Beiträgen	7 369 489,47	6 799 378,45
Gauleitungen	703 950,—	773 005,10
Druck und Versand des „Proletariers"	336 562,68	393 796,86
Schulwesen	140 092,50	157 573,60
Gehälter, Löhne und Versicherungsbeiträge	562 250,65	589 732,93
Sitzungen, Revisionen Konferenzen und Tarifverhandlungen	117 381,21	115 263,92
Drucksachen u. Buchbinderarbeiten	182 936,57	227 254,22
Betriebsräte- und Frauenzeitung	—	7 336,53*)
Büromiete, -möbel, -materialen, Licht, Heizung, Reinigung, Schreib- und Rechenmaschinen	93 491,53	109 496,37
Zeitschriften, Bücher, Honorare	52 343,65	51 357,66
Verwaltung, Rückzahlung, Zuschuß und Darlehen an verschiedene Zahlstellen	438 153,87	74 591,94
Porto, Telephon und sonstige Gebühren	23 982,63	27 287,68
Kraftwagen u. Kraftwagenbedarf	65 459,14	77 150,07
Beiträge an den ADGB. und internationale Verpflichtungen	148 414,59	249 263,95
Keramischer Bund, einschließlich Zeitungen	540 000,—	630 007,—
Agitation, Ausstellungen, Film	135 684,92	67 976,39
Bürohaus Rathenauplatz	—	870 854,90
Sonstige Ausgaben	5 162,08	16 778,37
An den Vermögensbestand	4 361 830,15	2 040 072,48
Kassenbestand 4. Quartal 1930	5 162 707,28	2 996 139,56
	27 238 888,82	26 693 000,19

*) Die Ausgaben für die Gew. Frauenzeitung erschien früher unter der Rubrik „Zeitschriften, Bücher, Honorare", und die Ausgaben für den „Betriebsrat" unter „Drucksachen".

Zu diesen Zahlen ist nicht viel zu sagen. Die Ausgaben für die einzelnen Posten halten sich im allgemeinen auf der gleichen Höhe, abgesehen von den Ausgaben für Unterstützungen, die wir bereits besprochen haben. Daß die Anteile der Zahlstellen an den Beiträgen zurückgingen, ist bei der verringerten Beitragseinnahme selbstverständlich. Auffallend stark ist die Ausgabe für die Verwaltung, für Zuschuß, Rückzahlung und Darlehen an die verschiedenen Zahlstellen gesunken. Allerdings haben wir auch zum Schluß des Jahres 1930 24 Zahlstellen weniger als im Vorjahre. Es waren aber gerade die nicht lebensfähigen Zahlstellen, die mit anderen verschmolzen wurden, so daß sich die verminderte Ausgabe für diesen Posten zum Teil auch daraus erklärt. Als einmalige Ausgabe findet sich in diesem Bericht die Summe von etwa 870 000 RM für unser neues Bürohaus am Rathenauplatz in Hannover. Trüber stimmt es dagegen, daß die Ueberweisungen an den Vermögensbestand so stark zurückgingen, wie auch der Kassenbestand zum Schluß des 4. Quartals ganz erheblich geringer ist als im Vorjahre.

Unsere Berichte über die Mitgliederbewegung und das Finanzwesen in unserem Verbande zeigen zwar, daß die Stürme des Wirtschaftslebens im Jahre 1930 nicht spurlos an unserer Organisation vorübergegangen sind, sie zeigen aber auch, daß die organisatorischen und finanziellen Grundlagen unseres Verbandes so gesund sind wie je. Was wir über den Abschluß des Jahres 1929 gesagt haben, gilt auch für den Rückblick auf 1930: Die Rückschläge können uns nicht entmutigen, sie können uns nur anspornen, die erlittenen Scharten wieder auszuwetzen und uns in günstigeren Zeiten das wiederzuholen, was wir der Wirtschaftskrise jetzt opfern mußten. Den Vormarsch der Gewerkschaften und den Aufstieg der Arbeiterschaft kann die Wirtschaftskrise nicht aufhalten, weil die geschichtliche, die wirtschaftliche Entwicklung diesen Vormarsch und diesen Aufstieg will. Der Weg der Gewerkschaften ist noch nie eine ununterbrochene Kette von Erfolgen gewesen. Und so werden wir auch die gegenwärtigen Hemmungen überwinden, dank der unerschütterlichen Festigkeit unserer Organisation und des unüberwindlichen Glaubens an unseren endlichen Erfolg durch unseren eisernen Willen zum Siege, den wir trotz aller politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten erringen müssen.

Hausgewerbetreibende und Umsatzsteuer

Hausgewerbetreibende sind umsatzsteuerfrei, wenn der § 1 der Durchführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz erfüllt ist. Es dürfen nicht über drei Mitarbeiter dauernd oder nicht mehr als sechs Saisonarbeiter beschäftigt werden, und es muß ein fester überwiegender Geschäftsverkehr mit bestimmten Auftraggebern bestehen. Finanzämter, insbesondere in Thüringen, führten um die Umsatzsteuerpflicht der Hausgewerbetreibenden ein [illegible] rnäckigen Rechtsmittelstreit gegen uns, dem sie schließlich unterliegen mußten. Als Kampfmittel benutzten die thüringischen Finanzämter in der Hauptsache die Begriffe „Werkvertrag" und „Werklieferungsvertrag". Sie wollten für die Hausgewerbetreibenden noch nicht einmal ein Werkvertrags-, geschweige denn ein Dienstverhältnis gelten lassen, sondern nur den Werklieferungsvertrag.

Es liegt auch ein Urteil des Reichsfinanzhofs vor, wonach es dem Finanzamt Weimar gelungen ist, einem Hausgewerbetreibenden den Werklieferungsvertrag zu unterschieben und ihn daher für umsatzsteuerpflichtig zu erklären.

Um es vorauszusagen, das Urteil kann nicht als richtig hingenommen worden! Es ist deshalb notwendig, nachstehend darauf einzugehen.

Der Sachverhalt ist folgender: Zwei Brüder stellen in ihrer Wohnung zusammen Thermometer her im Auftrage und für Rechnung anderer Gewerbetreibender. Fremde Hilfskräfte werden nicht beschäftigt. Der Jahresumsatz ist mit 4233,60 RM angegeben. Die Veranlagung zur Umsatzsteuer erfolgte mit 31,70 RM.

Gegen die Veranlagung wurde Einspruch erhoben, der ohne Erfolg war. Die Berufungsinstanz hat den steuerbaren Umsatzsteuerbetrag von 4233,60 RM auf 525 RM gemindert und den Steuerbetrag auf 3,90 RM anstatt 31,70 RM festgesetzt. Dieser Entscheidung hat sich auch die Instanz der Rechtsbeschwerde, der Reichsfinanzhof, angeschlossen.

Die Begründung der Berufungsinstanz läßt erkennen, daß sie den Berufungsführer teilweise dem Werkvertrag unterstellt und teilweise dem Werklieferungsvertrag. Das ist aus dem Begründungstext zu entnehmen, der nachstehend folgt:

„Die Inhaber der Klägerin sind Hausgewerbetreibende im Sinne des § 1 der Umsatzsteuerdurchführungsbestimmung. Die Klägerin steht überwiegend mit zwei Unternehmern (den Firmen Ewald Böhm in Bücheloh und Arthur Kühn in Manebach) in festem Geschäftsverkehr. Fremde Arbeitnehmer im Sinne der erwähnten Vorschrift hat sie nicht beschäftigt. Sie gilt daher bezüglich ihrer Lieferungen an diese beiden Unternehmer für die Umsatzsteuer nicht als selbständig. Die Veranlagung ist daher insoweit aufzuheben.

Die Lieferungen der Klägerin an die Firma Jahn & Koch in Ilmenau (525 RM) sind dagegen steuerpflichtig, weil ein fester Geschäftsverkehr insoweit nicht bestanden hat."

Weil also bei einem Arbeitsverdienst von 525 RM ein fester Geschäftsverkehr zwischen dem klagenden Hausgewerbetreibenden und einem Auftraggeber nicht bestanden haben soll, wird von der Berufungsinstanz ein Werklieferungsvertrag — also ein Kaufvertrag — unterstellt. Das will die Gesetzgebung nicht, denn der § 1 der Durchführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz bringt zum Ausdruck, daß bei eintretender Umsatzsteuerfreiheit der Hausgewerbetreibende überwiegend mit bestimmten Unternehmern in festem Geschäftsverkehr stehen muß. Damit wären Abweichungen also zugelassen. Dazu kommt aber, daß bei einem Arbeitsverdienst von 525 RM überhaupt nicht von freiem Geschäftsverkehr gesprochen werden kann. Außerdem scheint aber die Berufungsinstanz den Begriff „Hausgewerbetreibender", der aus der Heimarbeitsschutzgesetzgebung hervorgeht, nicht genügend gewürdigt zu haben, und wenn ja, dann ist sicherlich auf die Worte im § 162 der RVO.: „selbständigen Gewerbetreibenden" zuviel Wert gelegt worden. Wenn der § 162 der RVO. und andere Paragraphen der Heimarbeitsschutzgesetzgebung zum Ausdruck bringt, daß Hausgewerbetreibende selbständige Gewerbetreibende sind, die in eigenen Betriebsstätten im Auftrage und für Rechnung anderer Gewerbetreibende, öffentliche Verbände, öffentliche Körperschaften oder gemeinnützige Unternehmungen, gewerbliche Erzeugnisse herstellen oder bearbeiten, so kann deshalb das Vorhandensein eines Werkvertrages oder sogar eines Werklieferungsvertrages nicht hergeleitet werden. Die Bezeichnung „selbständiger" Gewerbetreibender zielt auf die persönliche, nicht auf die wirtschaftliche Selbständigkeit ab, und darauf kommt es bei Beurteilung über den Begriff „Hausgewerbetreibender" an. Der Hausgewerbetreibende ist wirtschaftlich genau so abhängig wie der Betriebsarbeiter, ja, seine wirtschaftliche Abhängigkeit steigert sich häufig auch zur persönlichen Abhängigkeit. Das Unterschieben eines Werkvertrages oder sogar eines Werklieferungsvertrages in steuerlicher Beziehung hat keine Berechtigung.

Im Zusammenhang mit vorstehendem Umsatzsteuerfall werden wir in einem späteren Artikel die Begriffe des „Werkvertrages" und des „Werklieferungsvertrages" beschreiben.

H. Elflein.

Vom Kampf der Kriegsopfer um ihre Lebenshaltung

Von sachkundiger Seite wird uns geschrieben:

War auch beim Reichskanzler Hermann Müller und beim Reichsarbeitsminister Wissell der ernsthafte Wille zur Verbesserung der Kriegsopferversorgung vorhanden, so konnte er sich infolge machtvoller Gegenströmungen im Reichstag und Kabinett, besonders aber auch wegen der zunehmenden Finanzschwierigkeiten infolge der Wirtschaftskrise, nur in sehr geringem Maße durchsetzen.

Den kräftiger und immer deutlicher werdenden Abbauforderungen großer Unternehmerverbände und ihrer parlamentarischen Vertreter wußte die Reichsregierung Hermann Müller aber entschiedenen Widerstand zu leisten. Nach ihrem Rücktritt wurde dieser dann sofort durchstoßen. Mit dem Regierungsantritt des Kabinetts Dr. Brüning ergoß sich die Flut sozialpolitischer Abbauforderungen satten Großbürgertums auch über die Kriegsopferversorgung.

Der Artikel 48 der Reichsverfassung wurde gegen die Kriegsopfer angewandt. Mit der Notverordnung vom 26. Juli 1930 wurden Grundrechte der Versorgung aufgehoben, schematische Sperrfristen für Neuanträge von Kriegsopfern eingeführt, der Rechtsweg abgedrosselt, der Rechtsanspruch auf kostenlose Heilbehandlung teilweise beseitigt und die Härteversorgung aufgehoben. Ungezählte ehemalige Frontkämpfer und Tausende von Kriegereltern, die bisher keine Rente bezogen haben, haben die Möglichkeit verloren, im Rechtsverfahren ihre Ansprüche auf Versorgung geltend zu machen.

Nicht genug damit, wurden durch Erlasse des Reichsarbeitsministers gesetzlich gewährleistete Kann-Ansprüche und im Reichsversorgungsgesetz begründete Leistungen aufgehoben. So wurden Nachzahlungen bei Kann-Ansprüchen eingestellt, Kinderzulagen in gewissen Fällen verboten, Beschränkungen in der Zahlung von Zusatzrente, von Witwen- und Waisenbeihilfen nur an Hinterbliebene von Schwerbeschädigten, Nachprüfung der Elternversorgung, der Witwen- und Waisen- sowie der Erziehungsbeihilfen angeordnet, die Erteilung neuer Bescheide in den Fällen des § 71 BG. und § 28 RVG. stark eingeschränkt und die bisher für die Neubautätigkeit zur Verfügung stehenden Kapitalabfindungen durch den Reichsarbeitsminister eingestellt. Die Erziehungsbeihilfen wurden um 5 RM monatlich gekürzt.

Ein Abbauerlaß des Reichsarbeitsministers Stegerwald jagte den anderen. Insgesamt belaufen sich die Einsparungen beim Kapitel Kriegsopferversorgung des Reichshaushalts 1931/32 auf über 100 Millionen Reichsmark.

Das ist den Sparenthusiasten, die durch den Ausfall der Reichstagswahl vom 14. September 1930 sich besonders stark fühlen, noch längst nicht genug. Der 1277730000 RM = 11,9 v. H. der Gesamtausgaben des Reichs umfassende Etat für die Versorgung der Kriegsopfer übt auf die Etatkritiker eine besondere Anziehungskraft aus. Hier, glaubt man, könnte ein ordentlicher Sack voll Geld eingespart werden. Der „Harzburg", diese Vereinigung der Großindustriellen, des Handels und Gewerbes sowie der Bankwelt verlangt die Einsparung von jährlich 235 Millionen bei der Kriegsopferversorgung und die Ausschaltung der K- und 40 v. H. erwerbsbeschränkten Kriegsbeschädigten aus der Versorgung.

Immer deutlicher wird den Kriegsopfern offenbar, daß sie als soziale Last empfunden werden, deren man sich am liebsten entledigen möchte. Bitter empfinden sie die Wahrheit des Wortes: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen." Doch sie lassen sich nicht kampflos beiseite schieben. Unter der Devise: „Nicht Dank, sondern Recht" haben die im Reichsbund der Kriegsbeschädigten, -teilnehmer und Kriegerhinterbliebenen zum Gegenstoß gegen alle Abbaupläne der Reichsregierung und eines satten Großbürgertums ausgeholt.

Die Pläne, durch neue Notverordnungen allgemeine Rentenkürzungen vorzunehmen oder den 30 und 40 v. H. erwerbsbeschränkten Kriegsbeschädigten die kargen Renten von 15,40 RM bzw. 33,20 RM oder 20,55 RM bzw. 44,25 RM monatlich gänzlich zu entziehen, stoßen also auf den hartnäckigsten Widerstand der Kriegsopfer und aller gerecht denkenden Volkskreise.

Die Kriegsopfer haben eher Anspruch auf eine ausreichende Versorgung seitens der Republik als die mit Millionenbeträgen abgefundenen Fürsten oder die pensionierten Offiziere und Generäle der ehemals kaiserlichen Armee. Oder soll es etwa so bleiben, daß derjenige, der im Kriege vorne im Blut und Dreck lag, jetzt bei der Rentenzahlung hinten zu stehen kommt, während jene, die im Kriege hinten weit vom Schuß saßen und den Krieg als Badekur empfinden durften, heute vorne stehen, wenn die Republik Geld auszahlt? Wir fragen noch einmal: soll das immer so bleiben? Erwache Volk, erwache!

Vergeßt niemals, daß von den 13½ Millionen Männern, die Deutschland 1914/18 zum Heere rief, zwei Millionen ihr Leben lassen mußten. Vier Millionen wurden verwundet. Die Zahl der rentenberechtigten Kriegsbeschädigten sank von 1 550 000 im Jahre 1920 auf gegenwärtig 840 000. Im Reichshaushaltplan 1931/32 sind angesetzt für Rentenzahlungen

an 838 953 Kriegsbeschädigte . .	602 Mill. RM
an 378 007 Kriegerwitwen . . .	
an 621 024 Kriegerwaisen . . .	554 Mill. RM
an 366 462 Kriegereltern . . .	

Insgesamt beläuft sich der eigentliche Etat für die Versorgung der Kriegsopfer und Altrentner auf 1 277 730 000 RM oder 11,9 v. H. der Gesamtausgaben des Reiches.

Gewiß eine gewaltige Summe, die außen eine ernste Mahnung sein müßte, an der Verhinderung künftiger Kriege mit aller Kraft mitzuarbeiten. Aber im einzelnen sind die Rentenbeträge keineswegs ausreichend. Ist es etwa zuviel, wenn eine 45jährige Kriegerwitwe monatlich 71,10 RM und für ihre zwei minderjährigen Kinder 57,10 RM dazu erhält? Doch gibt es nicht wenige Kriegerwitwen, die sogar mit monatlichen Rentenbeträgen von 37,10 RM, wenn sie erwerbsfähig sind, und, falls sie erwerbsunfähig sind, mit 44,50 RM monatlich auskommen müssen. Bei der erwerbsunfähigen Witwe käme unter Umständen noch eine Zusatzrente in Höhe von 34 RM hinzu. Würde jemand mit dem ehemaligen Tischler tauschen, der jetzt als Portier tätig ist und für seinen verlorenen rechten Arm monatlich 55,30 RM Rente erhält? Wer beneidet den Kriegsblinden, dessen höchste Rente monatlich 155,35 RM beträgt? Und ist der Verlust eines Auges mit furchtbaren Narben im Gesicht mit monatlich 29,65 RM, die Verkürzung eines Beines um 6 Zentimeter und Versteifung des Fußgelenks mit 22,25 RM zu reichlich abgefunden? Sicherlich nicht! Das Ministerwort, daß die Versorgung der Kriegsopfer noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden kann, hat leider noch in vollem Umfange seine Gültigkeit.

Wenn das an den Kriegsopfern seit Jahren begangene Unrecht nicht noch vergrößert werden soll, muß allen Abbaumaßnahmen und -plänen ein schleuniges Ende bereitet werden. Auch die Reichsregierung hat alle Veranlassung, sich reiflich zu überlegen, ob es für sie, die ihr nahestehenden Parteien und die Republik vorteilhaft sein kann, wenn durch rücksichtslose Abbaumaßnahmen bei den Kriegsopfern, den Mitbegründern und treuesten Anhängern der Republik, Gleichgültigkeit, Verbitterung und vielleicht auch Haß gegen sie hervorgerufen wird.

Darum rufen auch wir aus staatspolitischen Gründen mit den Kriegsopfern:

Hände weg von der Kriegsopferversorgung!

Fremde Sprachen

Anfang Mai beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins neue Anfängerkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen werden besondere Mittel- und Oberkurse eingerichtet. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Richtiges Deutsch" (Rechtschreibung und Sprachlehre). Auf Wunsch sollen ferner Tageskurse für Teilnehmer mit ungünstiger Arbeitszeit (Schichtarbeiter, Gastwirtsangestellte usw.) eingerichtet werden. Zur Deckung der Unkosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 10 RM. erhoben. Erwerbslose zahlen die Hälfte. Die Lehrbücher werden in allen Kursen unentgeltlich geliefert. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachenschule: Berlin N 54, Rosenthaler Straße 13.

Verbindlichkeitsverhandlungen in der Weißhohlglasindustrie

Nachdem die Arbeitnehmerorganisationen den am 24. April 1931 für die Verbandsgruppen I—V ergangenen Lohnschiedsspruch einmütig abgelehnt haben, ist bekanntlich dessen Verbindlichkeit vom SDG. beim Reichsarbeitsminister beantragt worden.

Vom Reichsarbeitsministerium waren die Parteien für den 5. Mai geladen worden, um unter dem Vorsitz des Herrn Reg.-Rat Dr. Heitmann noch einmal den Weg zur Verständigung zu suchen.

Vom Vertreter der Branchenleitung wurde noch einmal ausführlich die Lage der Beschäftigten in der deutschen Weißhohlglasindustrie unter Hinweis auf die einzelnen Lohnpositionen in den Gruppenlohntafeln behandelt und die Gründe für die Ablehnung der Schiedssprüche klargestellt. Ein Lohnabbau ist in der deutschen Weißhohlglasindustrie überhaupt nicht tragbar; geradezu katastrophale Auswirkungen muß eine weitere Lohnherabsetzung für die Existenz der Fachhilfsarbeiter, Hilfsarbeiter und weiblichen Arbeitnehmer nach sich ziehen. Die jetzigen Löhne stehen schon in keinem Verhältnis zur abverlangten [illegible], aber auch in keinem Verhältnis zur Wirtschaftslage. Ein weiterer Lohnabbau für diese Kategorien muß [illegible] arbeitsfreudigkeit rauben, die als Voraussetzung für Qua[illegible]arbeit gilt. Den Akkordarbeitern hat man durch Ver[illegible]rung von Stücklohnsätzen und anderen schikanösen Maßnahmen schon ungerechtfertigt vom bisherigen Einkommen oftmals einseitig Lohnabstriche gemacht, so daß ein weiterer [illegible]reller Abzug unverantwortlich wäre. Bereits im Oktober glaubte Herr Reichow mit einer sich angeeigneten Prophe[illegible] weissagen zu können, daß durch Erleichterung im Lohnunkostenkonto bald teilweise die Arbeitslosen von der Straße in den Produktionsprozeß zurückgeführt werden können. Nichts von alldem ist eingetreten; im Gegenteil — die Krise hat sich durch die unvernünftige Lohnabbauaktion und den eingetretenen Käuferstreik noch verstärkt. Bei der Arbeiterschaft in der deutschen Weißhohlglasindustrie gibt es wirklich nichts mehr einzusparen, ohne daß es diesen Herren empfindlichen Schaden bereitet. Nach unseren Berechnungen dürfte der gesamte Lohnabzug auf einem Betrieb mit einem Ofen und entsprechenden Nebenabteilungen mit rund 100 Beschäftigten kaum 400 RM im Monat betragen. Wird bei den kärglichen Löhnen diese Summe der Arbeiterschaft zu tragen auferlegt, dann bedeutet es eine weitere Einschränkung der Konsumfähigkeit. Bei einem Generaldirektor mit Tausenden von Mark Monatsgehalt fällt ein Abzug, selbst auch des doppelten Betrages kaum ins Gewicht. Würden die Arbeitgeber in der Preispolitik bald gesunde Wege einschlagen, dann könnte eine 4- bis 5proz. Diskontgewährung einen entsprechenden Ausgleich bringen, ohne daß der Volkswirtschaft Schaden zugefügt wird.

In geradezu frivoler Art und Weise begründete Herr Reichow den Standpunkt der Industriellen. Not und Elend gibt es bei der Arbeiterschaft „nicht"; desto mehr bei den Industriellen, die oftmals nicht wüßten, wie die Löhne und anderen betrieblichen Ausgaben aufgebracht werden können. Herr Reichow bestritt mit aller Entschiedenheit, daß die Einkommen in der Weißhohlglasindustrie unter den Begriff „Elendslöhne" gebracht werden können.

Seine angeführten Vergleiche mit der Vorkriegszeit hinkten sehr stark und konnte ihm nachgewiesen werden, daß in der Vorkriegszeit die jugendlichen Arbeitnehmer oftmals durch Zwang der Betriebsleitung in der Glasindustrie arbeiten mußten. Die Lebensmöglichkeit war nur gegeben mit Unterstützung der Eltern. Auch heute ist es schon fast soweit, denn der jugendliche Arbeiter kann mit den jetzt erzielten Verdiensten sich nicht selbständig ernähren, ganz zu schweigen von der Erfüllung irgendwelcher anderen kulturellen Bedürfnisse. Herr Reichow, der Gründer des SDG., als Streikabwehrorganisation gegen die Beschäftigten in der Weißhohlglasindustrie hat seine letzte scharfmacherische Attacke geritten, denn bald wird er in Vergessenheit bei seinen ehemaligen Auftraggebern [illegible]ten sein. Die Arbeiterschaft in der deutschen Weißhohlglasindustrie wird ihm bestimmt keine Träne nachweinen, denn soziales wie wirtschaftspolitisches Empfinden hat ihm ferngelegen. Mit seiner letzten Attacke, der Arbeiterschaft in der deutschen Weißhohlglasindustrie die Existenzverhältnisse weiter zu verschlechtern und zu erschweren, hat er sich keinen guten Abgang verschafft. Leider waren auch die übrigen Industriellen für ein Entgegenkommen trotz anerkennenswerter Bemühungen des Vorsitzenden, Herrn Reg.-Rat Dr. Heitmann, nicht zu gewinnen, so daß die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen werden mußten, und das Reichsarbeitsministerium die weitere Entscheidung in den nächsten Tagen zu bringen hat. Die Arbeitgeber hoffen teilweise auf einen tariflosen Zustand, um im Wege des Einzelarbeitsvertrages all ihre geforderten Maßnahmen durchsetzen zu können. Sollte die Verbindlichkeit nicht ausgesprochen werden, dann wird die Organisation nach Mitteln und Wegen suchen, um etwaige Angriffe auf die bisherigen Löhne abwehren zu können. Hätten die Arbeitnehmer in der deutschen Weißhohlglasindustrie nicht ihre gut ausgebauten Organisationen, dann würden sie bald in Verhältnisse gedrängt, die nicht mehr zu ertragen wären, das haben die letzthin stattgefundenen Verhandlungen mit aller Deutlichkeit erneut bewiesen.

M. K.

Notstandsgebiete

Das Elend der Arbeitslosen ist in der Oeffentlichkeit bekannt, sehr oft besprochen worden, und doch gibt es immer wieder Leute, die die Behauptung aufstellen, die Arbeitslosen wollen nicht arbeiten. Wir wollen diese unhaltbaren Behauptungen durch nachstehende Tatsachen erneut entkräften.

Die Arbeitslosigkeit tritt nicht überall gleich stark auf. Wir haben Industriebezirke, in denen die verschiedensten Industriezweige vorzufinden sind und, wenn die Arbeitslosigkeit in einem Teil der Industrie besonders stark auftritt, andere Zweige den Arbeitslosen doch eine teilweise Möglichkeit zur Arbeit bieten können. Ist dagegen nur ein Industriezweig in einem Bezirk vorhanden, dieser besonders vom wirtschaftlichen Niedergang erfaßt, dann sind die Arbeitslosen solange zur Arbeitslosigkeit verurteilt, bis eine Belebung des Industriezweiges eintritt. Diese Erscheinung wird noch schlimmer, wenn der Industriezweig durch technische Umstellungen dem Niedergang geweiht ist.

In Warmensteinach, Bischofsgrün und anderen kleinen Orten des Fichtelgebirges finden wir die Glasperlenindustrie. Lange Jahre vor dem Krieg ein Hungergebiet; denn die Technik hat bessere und schönere Perlen als die bisher hier erzeugten auf den Markt geworfen. Mit dieser Neuerung wurden die Glasperlenmacher im Fichtelgebirge arbeitslos. Also nicht der wirtschaftliche Niedergang oder der Krieg bilden hier die Ursachen des namenlosen Elends, sondern die mit der Hand erzeugte Glasperle mußte dem Fortschritt weichen, und damit hat die Arbeitslosigkeit im Fichtelgebirge einen Umfang und eine Ausdehnung gewonnen wie in keinem zweiten Bezirke ganz Deutschlands. Für unsere Perlenmacher ist das Fichtelgebirge ein Hungergebiet geworden und gleicht dem Elendsgebiet Waldenburg vollkommen.

Seit Jahrzehnten sind die Kollegen im Fichtelgebirge die treuesten Söhne unseres Verbandes, und ebenso treu stehen sie zur Partei. Beide Organisationen, die Gewerkschaft wie die Partei, haben durch Unterstützungen und durch ihr Eintreten bei allen Behörden des Landes und bei der Reichsregierung alles getan, was zur Behebung der sozialen Lage notwendig und erforderlich war. Wir haben es gewagt, die jüngeren Arbeitskräfte an anderen Orten unterzubringen, aber bei der allgemeinen Lage des Arbeitsmarktes ist dieser Weg beschränkt. Die älteren Arbeiter lassen sich an anderen Orten nicht unterbringen, weil es an Wohnungen und auch an Arbeit mangelt, dann aber hängen die älteren Arbeiter an ihrem überaus stark verschuldeten Anwesen und sind aus verschiedenen anderen Gründen nicht aus dem Hungerbezirk herauszubringen.

Von der Arbeitslosenunterstützung des Verbandes und des Reiches sind die Kollegen ohne Ausnahme ausgesteuert; Krisen- oder Wohlfahrtsunterstützung ist beendet. Die Gemeinden, klein und völlig verarmt, können nicht mehr helfen. So zeigt sich für unsere Kollegen im Fichtelgebirge ein äußerst trübes Bild. Wohl kaum in einem zweiten Bezirk zeigt sich eine so trostlose Lage für die Arbeiterschaft wie in diesem ausgesprochenen Hungergebiet.

Noch einmal waren die Vertreter der Gewerkschaft im Reichsarbeitsministerium vorstellig. Wieder verwies man uns an die bayerische Regierung in München. Auch dort werden wir vorstellig werden, um unseren der Verzweiflung ausgesetzten Perlenarbeitern Hilfe zu bringen.

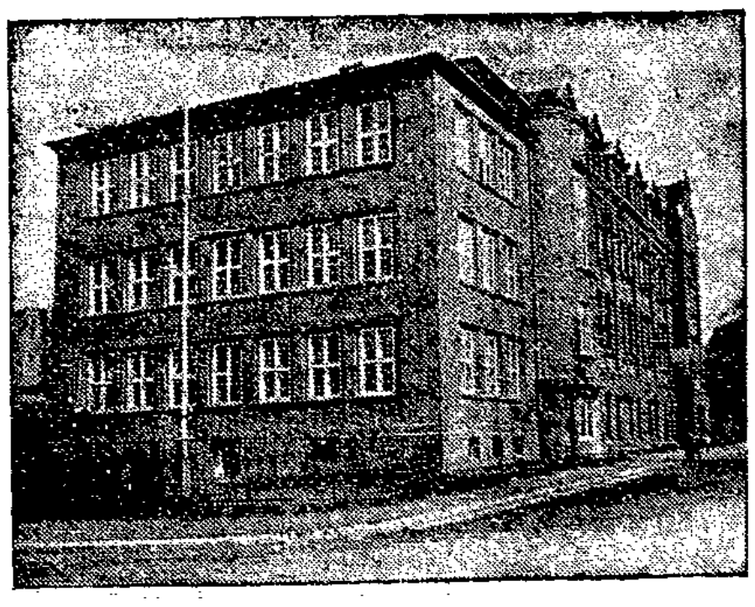
Mit diesen Darlegungen wollen wir nur der fortgesetzten üblen Nachrede begegnen, daß die Arbeitslosen nicht arbeiten wollen. Gebt den Arbeitslosen Gelegenheit zur Arbeit, und freudig wird jede Gelegenheit hingenommen werden.

Ein Rundgang durch die schlesische Glasfachschule

Bekanntlich fand am 21. April d. J. im Beisein von Behörden und anderen Körperschaften, darunter auch Gewerkschaften, die Einweihung der ersten schlesischen Glasfachschule in Bunzlau statt.

Die neue Schule, verbunden mit der bereits seit Jahrzehnten bestehenden Keramischen Fachschule, liegt an einer der schönsten Stellen der alten bekannten Töpferstadt Bunzlau in Schlesien. Schon der einfache Baustil der alten und neuen Abteilung der Keram- und Glasfachschule läßt erkennen, daß neben akademischer Bildung praktische Werkmannsarbeit den Schülern als Ausbildung mit auf den späteren Lebensweg gegeben werden soll.

Die neue Schule hat vorläufig, da keine andere Glasfachschule im In- und Ausland sich bisher dazu entschließen konnte, den chemisch-physikalischen Unterricht als Hauptfaktor



Glas- und keramische Fachschule Bunzlau

in den Lehrplan aufgenommen. Daneben werden selbstverständlich alle Gebiete der Glas- und Wärmetechnik gepflegt. Bei einem Rundgang durch die im vollen Unterricht stehende Vereinigte Keram- und Glasfachschule konnte allgemein der praktische Ausbau bewundert werden.

Im Lehrsaal mit Laboratoriumseinrichtungen soll dem Schüler theoretisches und praktisches Wissen der Glastechnik und der Schmelzkunst beigebracht werden. Das physikalische Laboratorium dient zur Untersuchung der Zusammensetzung von Schmelzgut, Feuerungs-, Oefen- u. Wannenmaterial. Hier will man den besonderen Vorkommnissen in der Glasindustrie Rechnung tragen, die tagtäglich trotz jahrelanger Praxis immer wieder auftreten. In der neuen Glasfachschule sollen starke Fehler in der Fabrikation nach Möglichkeit durch eingehende Studien von vornherein vermieden werden. Bekanntlich hat das Auftreten von besonderen Schwierigkeiten schmelz- oder feuerungstechnischer Art schon oftmals den besten Betrieb in verhältnismäßig kurzer Zeit ruiniert. In den jetzigen Zeiten wirtschaftlicher Depression ist es doppelt notwendig, Mittel und Wege zu finden, zur höchsten Ausnutzung in der Produktion unter Vermeidung von Fehlern zu gelangen.

Vom einfachsten Glassatz mit seinem bekannten Material: Sand, Soda, Kalk und Entfärbungsmittel sollen Zusammensetzungen aller Glasflüsse und alle schmelztechnischen Erfahrungen im Lehrplan verwandt werden. Dabei ist die Schule bestrebt, durch Neuerungen auf chemisch-physikalischem Wege die deutsche Glasindustrie zu befruchten. Die drei kleinen Schmelzöfen von Leuchtgas mit Exhaustorenluft geheizt, waren beim ersten Rundgang durch die Schule bereits in Betrieb, um den Besuchern ein „Alt-Antikglas" in der Schmelze zu zeigen.

Im chemisch-physikalischen Laboratorium wird sich die Hauptarbeit der Schüler abwickeln. Alles Schmelzgut wie

Der Hörsaal

Glassätze werden hier auf Reinheit im Material untersucht, die Analysen nachgeprüft, um etwaig enthaltene glasfeindliche Oxyde durch geeignete Zusammensetzung und Dosierung von Entfärbungsmitteln zu begegnen. Der weitere Besuch aller Einrichtungen der vereinten Keram- und Glasfachschule ließ sofort erkennen, daß man die richtige Wahl für die neue Wirkungsstätte der deutschen Glasindustrie auf schulpolitischem Gebiet gefunden hat; bürgen doch auch die alten Einrichtungen der Schule dafür, daß der praktische Unterricht durch gemeinsame Verbundenheit soweit als angängig durchgeführt wird. Gerade in der jetzigen schnellebigen Zeit, wo die Geschehnisse in einzelnen Industrien oftmals tagtäglich wechseln, ist es erst recht notwendig, durch Individualismus und durch praktische Werkmannsarbeit in den Hauptgebieten der Industrien seine Kräfte zur Verfügung zu stellen.

Möge der Schule und den Schülern der beste Erfolg für die äußerst komplizierten Verhältnisse in der Glasindustrie im neuen Wirkungskreis beschieden sein. Ein dankbares Aufgabengebiet erwächst allen Interessenten und Fernstehenden, indem sie für die neue kulturelle Wirkungsstätte der deutschen Glasindustrie überall werben. M. K.

Engerer Zusammenschluß

Die Osram G. m. b. H. und der holländische Philips-Konzern haben vereinbart, ihre Fabrikation und auch ihre Forschungsarbeiten auf dem Gebiet von Neon-Leuchtröhren zusammenzulegen. In Deutschland wird die A.-G. Lindus (A.-G. für Elektrizitätsindustrie) dies Geschäft einheitlich zusammenfassen, die Neon-Abteilung der Deutschen Philips G. m. b. H. wird ihr angegliedert werden. Die A.-G. Lindus ist bekanntlich eine Tochtergesellschaft der Osram.

Es ist rund ein Jahr her, daß die Osram und die amerikanische General Electric Co. in London gemeinsam eine Gesellschaft unter dem Namen Claude General Neon Light Ltd. gründete, in der auch die deutschen und die amerikanischen Patente auf dem Gebiet des Leuchtröhrenwesens zusammengefaßt wurden. Neon-Leuchtröhren sind Beleuchtungskörper, die eine große Zukunftsaussicht haben. Zur Zeit liegt der Schwerpunkt ihrer Anwendung noch in der Reklame.

Der Zusammenarbeit mit der General Electric Co. folgt nunmehr der Vertrag mit Philips. Hierdurch dürften die wichtigsten internationalen Patente auf diesem Gebiet jetzt von der Osram-Philips-General-Electric-Co.-Gruppe monopoliert worden sein, d. h. von derselben Gruppe, die bekanntlich auch das internationale Glühlampenkartell beherrscht.

Zur Kündigung unseres Manteltarifes

Arzberg

In einer am 28. April stattgefundenen Funktionärsitzung nahmen die Porzellanarbeiter von Arzberg Stellung zu der Kündigung des Mantelvertrags und des Ueberzeitabkommens. Die Aussprache fand in nachstehender Resolution ihren Niederschlag:

„Die am 28. April versammelten Funktionäre nehmen Kenntnis von der Kündigung des Manteltarifvertrages und der Ueberzeitregelung durch den Arbeitgeberverband der deutschen feinkeramischen Industrie. Sie protestieren schon jetzt gegen die beabsichtigten Verschlechterungen, die die Unternehmer der Porzellanindustrie bei den diesmaligen Verhandlungen unter Ausnutzung der gegenwärtigen Krise durchsetzen möchten. Vor Verbesserungen wird bei ihnen keine Rede sein, obwohl in vielerlei Hinsicht der Mantelvertrag für die Arbeitnehmer verbesserungsbedürftig wäre. Vor allem muß es zum schärfsten Protest herausfordern," wenn das bisher bestandene Mitbestimmungsrecht bei der Preisbildung für die Akkordarbeiter beseitigt werden soll. An diesen Grundlagen darf nicht gerüttelt werden. Gerade diese Arbeitergruppen brauchen Sicherungen gegen die dauernden willkürlichen Preisänderungen in den Bestimmungen des Manteltarifes. Sind doch heute schon die unter brutaler Ausnutzung der gegenwärtigen Verhältnisse vorgenommenen vereinbarungswidrigen Kürzungen der Löhne ganz bedeutende Verdienstausfälle für diese Arbeitergruppen. Nicht scharf genug kann das Verhalten einzelner Betriebsleitungen verurteilt werden, wenn sie mit allen Finessen versuchen, die Löhne niedrig zu halten. Daher kann auf eine Mitwirkung bei der Preisgestaltung nicht verzichtet werden. Bei den sich mehr und mehr häufenden Berufserkrankungen ist es erforderlich, daß an den bisherigen Bestimmungen des Urlaubs keine Verschlechterungen vorgenommen werden. Notwendig ist, daß bei den kommenden Verhandlungen der Forderung auf eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche auch von den Arbeitgebern Rechnung getragen wird. Von den behördlichen Schlichtungsstellen muß aber vor allem erwartet werden, daß die mißlichen Verhältnisse der Porzellanarbeiter nicht länger mehr unberücksichtigt bleiben können. Die erhöhten Gefahren auf die Gesundheit der Porzellanarbeiterschaft müssen erkannt werden. Deshalb her mit gesetzlichen Bestimmungen zu einer Verkürzung der Arbeitszeit in der Porzellanindustrie. Gleichzeitig wird aber auch an die Verhandlungsteilnehmer der Arbeiterschaft das Verlangen gerichtet, bei den kommenden Verhandlungen nichts zu unterlassen, um die beabsichtigten Verschlechterungen für die Arbeiterschaft abzuwehren. Dazu werden sie die organisierten Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen hinter sich haben!

Mainleus

(Entschließung.) Die zur Zahlstelle Küps-Mainleus gehörende organisierte Belegschaft der Porzellanfabrik Teitau A.-G., Abt. Mainleus bei Kulmbach, nimmt Kenntnis von der Kündigung des Reichsmanteltarifvertrages durch den Arbeitgeberverband der Deutschen Feinkeramischen Industrie. Sie gibt ihrer Empörung Ausdruck über den vom Arbeitgeberverband der Deutschen Feinkeramischen Industrie heraufbeschworenen Zustand in der Porzellanindustrie und warnt die Leitung des Arbeitgeberverbandes sowie auch die zuständigen Behörden durch Fällung von Schiedssprüchen etwa das Los der Porzellanarbeiter noch mehr zu verschlechtern. Die vom Keramischen Bund (Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands) aufgestellte Verhandlungskommission wird aufgefordert, schärfstens gegen solche Maßnahmen Stellung zu nehmen. Die Versammelten stellen sich einmütig hinter die Leitung unserer Organisation, Keramischer Bund, Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Die Tuberkulosehäufigkeit und -sterblichkeit in der Porzellanstadt Selb

Ein Beitrag zur Frage der Beziehungen zwischen Porzellansilikose und Tuberkulose.

Die Porzellanstadt Selb, im nördlichen Bayern, östlich des Fichtelgebirges, nahe dem Winkel gelegen, in dem Bayern, Sachsen und Böhmen (die Tschechoslowakei) zusammenstoßen, ist noch heute ein Tuberkuloseherd, wie er sonst in Deutschland glücklicherweise wahrscheinlich nicht ein zweites Mal anzutreffen ist! Die Errichtung einer Tuberkulosefürsorgestelle an diesem Orte, die ihre Tätigkeit am 1. Juli 1929 aufnahm, bot die Gelegenheit, die für Selb seit Jahren gemeldeten überhohen Tuberkuloseziffern auf ihre Stichhaltigkeit nachzuprüfen. Es war dies, wenn auch nicht mit letzter Exaktheit, erstmals für das Jahr 1930 möglich. Als Leiter der Fürsorgestelle hatte ich mir von Anfang an die Aufgabe gesetzt, die gemeldeten Tuberkulosetodesfälle nachzuprüfen, die Neuerkrankungen an Tuberkulose möglichst vollzählig kennenzulernen, kurz, auf Grund eigener Untersuchungen mit den Mitteln der modernen Tuberkulosediagnostik und der Methodik der wissenschaftlichen Tuberkulosefürsorge ein zutreffendes Bild von der Tuberkulosehäufigkeit und der Sterblichkeit an Tuberkulose in Selb zu erhalten.

Im Laufe des Jahres 1930 sind für den Stadtbezirk Selb mit seinen 13 666 Einwohnern 36 Sterbefälle an Tuberkulose standesamtlich gemeldet worden. Die amtliche Sterbeziffer für Tuberkulose aller Organe wird also für dieses Jahr 26,5 pro Zehntausend lauten, gegenüber einem Reichsdurchschnitt von vielleicht 9 pro Zehntausend! Bei einem der Gestorbenen ist sicher, daß seine, nur recht geringfügige, geschlossene, veraltete Tuberkulose nicht die Ursache seines Todes gewesen ist, weder unmittelbar noch mittelbar. Von den übrigen Sterbefällen sollen hier die beiden an Meningitis und Spondylitis außer Betracht bleiben. Die Ziffer für die Mortalität an Lungentuberkulose lautet also für das Jahr 1930 24,3 pro Zehntausend. Für die folgenden Erörterungen möge ferner ein Fall von Säuglingstuberkulose außer acht gelassen werden. Leider mußte die Fürsorgestelle auch bei der Nachprüfung der nun noch verbleibenden 32 Todesfälle an Erwachsene betreffender Lungentuberkulose versagen, denn naturgemäß waren eine große Anzahl der Gestorbenen bei der Eröffnung der Fürsorgestelle bereits siech und konnten nicht mehr auf der Fürsorgestelle zur Untersuchung erscheinen. So hatte ich von den 32 an Lungentuberkulose gestorbenen Erwachsenen nur 18 untersuchen und röntgen können. Bei den übrigen mußte ich mich mit Nachforschungen bei den Aerzten und Auskünften der bereits seit Jahren in Selb tätigen Fürsorgeschwestern begnügen. Alle Fälle wurden bestätigt. In Selb praktizieren sieben Aerzte, die Leichenschau wird durch einen Arzt ausgeübt, nur vertretungsweise durch einen Laienleichenschauer, der aber die Todesursache nicht feststellt; diese wird vielmehr in jedem Falle vom behandelnden Arzt auf dem Leichenschauschein vermerkt. Ich selbst stehe, wie ich früher schon ausgeführt habe, nicht auf dem Standpunkt, daß die standesamtlichen Ziffern in einem mit Aerzten gut versorgten Stadtbezirke mit ärztlicher Leichenschau bzw. ärztlicher Angabe der Todesursachen nennenswert von den wirklichen abweichen. Das ist auch in einem Staublungengebiete nicht der Fall, wie man wohl vermuten könnte. Denn der Schwerstaubkranke stirbt wirklich für gewöhnlich an Lungentuberkulose, was ja im folgenden noch dargelegt werden wird. Nur 2 der 18 uns bekannten, standesamtlich als an Tuberkulose gestorben gemeldeten Personen führte die Fürsorgestelle als Staubkranke, d. h. es fehlte uns noch bei der letzten Untersuchung der Nachweis von Tuberkelbazillen im Auswurf. Bei beiden ist aber nach dem ganzen Befunde und dem von mir eingehend erfragten Verlaufe vollkommen wahrscheinlich, daß die vom Arzt angegebene Todesursache „Lungentuberkulose" richtig ist. Ich werde auch auf indirektem Wege im folgenden noch nachweisen, daß mit dieser hohen Sterblichkeit an Lungentuberkulose von rund 24 pro Zehntausend, welche also rund dreimal so hoch ist als der bayerische oder der Reichsdurchschnitt, tatsächlich gerechnet werden muß. Sie macht eine Erklärung dringend notwendig!

Selb ist eines der bedeutendsten Zentren der Porzellanindustrie der Welt, es birgt die rühmlichst bekannten Porzellanfabriken von Rosenthal, Hutschenreuter, Heinrich usw., insgesamt acht größere und sieben kleinere Betriebe. Unter den 13 666 Einwohnern des Stadtbezirkes sind 9845 Erwachsene. Im Porzellangewerbe waren nach der Zählung vom 1. August 1929 4706 Arbeiter (und 610 Angestellte) beschäftigt, d. h. der weitaus größte Teil der arbeitenden Bevölkerung. Schon immer war dem Porzellinerberufe die Schuld an der überhohen Tuberkulosesterblichkeit in Selb beigemessen worden, aber diese Vermutung war stets heftig bekämpft und klinisch-statistisch zweifelsfrei bisher nicht bewiesen worden. Ich gehe hier nicht auf die Behandlung der Frage, ob oder inwieweit die Porzellansilikose als Schrittmacher der Lungentuberkulose wirke, in der Literatur (Bogner, Harms-Holtzmann, Roesle, Koelsch usw.) ein, lege vielmehr das nackte von mir in Selb gewonnene Material vor:

Unter den 18, der Fürsorgestelle vor ihrem Tode bekannten, standesamtlich als an Lungentuberkulose gestorben gemeldeten erwachsenen Personen ist bei 11, d. h. 61 Proz., von mir unbedingt sichergestellt, daß es sich bei ihnen um eine Staublungen-

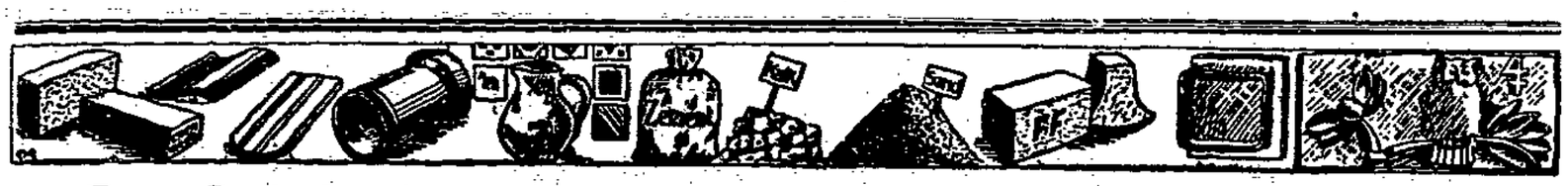
tuberkulose gehandelt hat. Im einzelnen belege ich die Diagnose hier nicht näher, erwähne nur, daß sie selbstverständlich auf Grund genauer Untersuchung auf der Fürsorgestelle gestellt ist, daß insbesondere in jedem Falle ein Röntgenfilm vorliegt. Ich betone aber, daß als „Staublungentuberkulose" nicht etwa schlechthin die Tuberkulose eines Porzelliners bezeichnet worden ist, daß nicht etwa beim Vorhandensein eines beliebigen (geringen) Grades von Silikose schon von Staublungentuberkulose gesprochen worden ist, sondern erst beim Zusammentreffen eines gewissen „ausreichenden" verhältnismäßig hohen Grades von Silikose mit Tuberkulose, der die Annahme gestattete, daß die Silikose die Ursache der hinzugetretenen Lungentuberkulose gewesen ist. Die Tatsache, daß überhaupt die stark silikotische Porzellanlunge in Gefahr ist, tuberkulös zu erkranken, ist von mir durch exakte Untersuchung von fast 1400 Porzellinern, welche stets mit einer Röntgenaufnahme (nicht nur -durchleuchtung) verbunden war, durch Beobachtung des Verlaufes zahlreicher Staublungenerkrankungen aller Grade unbedingt sichergestellt. Vor meinen Augen ist eine genügende Anzahl von Porzellansilikosen in Tuberkulose übergegangen. Der Begriff „ausreichender Grad" von Silikose in diesem Sinne läßt sich kaum näher definieren. Er ist ein Gewinn sehr großer Erfahrung und muß von jedem einzelnen Staublungenforscher persönlich erworben werden; ich verzichte daher auf seine nähere Umschreibung, erwähne nur, daß in erster Linie diejenigen schweren Silikoseformen bzw. -grade fast durchweg in Tuberkulose übergehen, die sich im Röntgenbilde durch die bekannten großen Schattenballungen auszeichnen, daß aber auch solche Formen bzw. Grade, die im Röntgenbilde durch disseminierte Knötchenschatten ausgezeichnet sind, durchaus tuberkulosegefährlich sind, wenn diese Knötchen — selbst wenn sie recht klein, auch nur stecknadelkopfgroß, sind — sehr dicht stehen, so daß beide Lungen von unzähligen silikotischen Schwielen durchsetzt sind.

Nach solchen, von mir, wie gesagt, durch unbegrenzte Röntgenmöglichkeit und durch Beobachtung (auch Begutachtung) mehrerer hundert Schwerstaubkranker gewonnenen Gesichtspunkten sind die 18 Fälle von mir geprüft worden. Ich kann für den Anteil von 61 Proz. Staublungentuberkulosen unter den von mir zu Lebzeiten untersuchten, als an Tuberkulose gestorben gemeldeten Personen einstehen.

(Fortsetzung folgt.)

Gräfenthal

Die Firma Karl Scheidig, Porzellanfabrik, Gräfenthal in Thüringen, feierte am 25. April d. J. das 25jährige Jubiläum ihres Bestehens. Aus diesem Anlaß hat die Firma auch die Arbeiterschaft bedacht. Alle männlichen Betriebsangehörigen erhielten 10 RM, die weiblichen 5 RM als Geschenk. Alle diejenigen, die 25 Jahre im Betrieb beschäftigt sind, haben 50 RM erhalten. Für die über 200 Personen starke Belegschaft wurde am Abend ein Tanzvergnügen mit Essen und Bier arrangiert. Bei der jetzigen Wirtschaftslage ein für die Arbeiterschaft und auch für die Firma erfreuliches Vorkommnis.



Der Lohnstreit in der Rheinischen Ziegelindustrie beendet

In der rheinischen Ziegelindustrie glaubten die Ziegeleibesitzer in diesem Jahre ohne Lohn- und Rahmenvertrag auszukommen. Am 1. Januar 1931 wurde der Rahmenvertrag und am 1. März 1931 der Lohntarif zum 31. März 1931 gekündigt. Wiederholt wurde seitens unserer Organisation versucht, eine Verhandlung mit den Arbeitgebern herbeizuführen. Leider vergebens, so daß wir gezwungen waren, den Schlichtungsausschuß in Köln anzurufen, um zu einem Vertrag zu kommen. Am 21. April fand unter dem Vorsitz des Schlichters Zurnieden die Verhandlung statt. Die Arbeitgeber erklärten durch den Syndikus Dr. Frohn, daß sie auf einen Vertrag keinen Wert legten und schilderten die Notlage der armen Ziegeleibesitzer. Bereits ab 1. April 1931 hatten die Arbeitgeber auf Veranlassung des Syndikus die Löhne um 16 Pfennig pro Stunde reduziert, und zwar von 86 Pfennig auf 70 Pfennig in der Spitze. Diesen Lohn von 70 Pfennig hielten die Arbeitgeber für tragbar und für ausreichend für die Ziegler infolge der „Preissenkung". Unser Antrag ging dahin, den bisherigen Lohntarif sowie Rahmenvertrag bis zum 31. März 1932 zu verlängern.

Nicht allein der Lohn sollte gewaltig gekürzt werden, sondern die Arbeitgeber glaubten, in diesem Jahre angesichts der großen Erwerbslosigkeit auch den Urlaub aus dem Vertrag für Kampagnebetriebe zu entfernen mit der Begründung, daß in keinem Industriezweig Kampagnearbeiter Urlaub erhielten. Auch die Ueberstundenprozente für die 9. und 10. Stunde wollten sie beseitigt wissen. Sehr starker Widerstand wurde geleistet in der Arbeitszeit für Brenner. Unsere Forderung ging dahin, die Arbeitszeit für Brenner von 84 Stunden wöchentlich auf täglich 8 Stunden und wöchentlich auf 56 Stunden zu reduzieren.

Demgegenüber forderten die Arbeitgeber eine Arbeitszeit von 84 Stunden, aber es sollten nur 77 Stunden bezahlt werden. Nach langer schwieriger Verhandlung kam folgende Regelung zustande:

Vereinbarung:

1. Der zum 31. März 1931 gekündigte Rahmenvertrag wird ab 30. April 1931 verlängert. Derselbe kann mit einer Frist von 3 Monaten zum 31. März 1932 gekündigt werden. Erfolgt keine Kündigung, so läuft der Rahmenvertrag um je ein Jahr weiter.

2. Der Lohntarif wird mit folgender Maßgabe ab 30. April 1931 wieder in Kraft gesetzt: Der Tariflohn beträgt im Lohngebiet I in der Spitze 77 Pfennig, im Lohngebiet II in der Spitze 75 Pfennig. Die übrigen Löhne errechnen sich nach dem bisherigen Schlüssel. Der Lohnvertrag kann mit einmonatiger Frist, erstmalig zum 31. Oktober 1931 gekündigt werden.

3. Das Mehrarbeitszeitabkommen bleibt bestehen mit der Maßgabe, daß § 3 wegfällt. Lauffrist wie der Rahmenvertrag.

4. Die nördliche Grenzlinie fällt weg.

5. Rücktrittsrecht bis Mittwoch, den 29. April 1931, 18 Uhr gegenüber dem Schlichtungsamt Köln. Tritt eine Partei zurück, dann gilt obige Regelung als Schiedsspruch.

Auf Grund der augenblicklichen Verhältnisse in der Ziegelindustrie, um zu verhindern, daß die Ziegler nicht der Willkür der Ziegeleibesitzer in bezug auf Lohnfestsetzung preisgegeben sind, stimmten die Ziegler dieser Regelung zu. Da auch die Arbeitgeber von dem Rücktrittsrecht keinen Gebrauch gemacht haben, ist die vorstehende Vereinbarung ab 30. April 1931 Vertrag geworden.

Der § 3 des Mehrarbeitszeitabkommens ist gestrichen. Somit beträgt die Arbeitszeit für Brenner täglich acht Stunden. Seit Jahren kämpfen wir für die Verkürzung der Arbeitszeit für die Brenner, und da es in diesem Jahr gelungen ist, die achtstündige Arbeitszeit festzusetzen so darf dieses als ein Erfolg bezeichnet werden.

Für das rheinisch-westfälische Tarifgebiet lag bereits ein Schiedsspruch vor, der in der Spitze 77 Pfennig vorsieht. Auf Grund dessen glaubte der Schlichter, über die Lohnhöhe in dem genannten Tarifgebiet nicht hinauszukönnen und machte den Vorschlag von 77 Pfennig in der Spitze. Es ist nun die Aufgabe der Ziegler, auf Grund des Vorgehens der Ziegeleibesitzer, der Organisation die Treue zu bewahren und die noch der Organisation fernstehenden Kollegen dem Verband der Fabrikarbeiter, Abteilung Keramischer Bund, zuzuführen, damit im gegebenen Moment den Ziegeleibesitzern die Quittung präsentiert werden kann.

Fritz Tegt.

Die Umsätze in Ziegel-, Zement- und keramischer Industrie

Die gesamte Industrie der Steine und Erden beschäftigte nach der Berufszählung mit 686 800 Erwerbstätigen 5,2 Proz. aller in Industrie und Handwerk Tätigen. Die Umsatzsteuerstatistik, die praktisch die Industrie restlos erfaßt, berichtet über einen 1927 erzielten Umsatz von rund 2,8 Milliarden, das sind 3,54 Proz. des von der deutschen Industrie überhaupt erzielten Umsatzes. Die Entwicklung des Umsatzes während der letzten Jahre vollzog sich in rasch ansteigender Richtung. Entsprechend der starken Bautätigkeit war das Tempo der Entwicklung sogar schneller als das der Gesamtwirtschaft, wie aus der folgenden Zusammenstellung folgt, in der der Umsatz im Jahre 1925 gleich 100 gesetzt ist.

Umsatzentwicklung

	Industrie der Steine und Erden	Gesamtwirtschaft
1925	100	100
1926	96,53	103,77
1927	125,88	119,21

Im Jahre 1927 wurde also der Rückfall von 1926 reichlich wettgemacht. Der Zusammenhang mit der Umsatzentwicklung des Baugewerbes war natürlich äußerst rege, er war sogar fast mathematisch genau, denn wenn man den Umsatz des Baugewerbes und den in der Industrie der Steine und Erden während des Jahres 1926 gleich 100 setzt, ergibt sich für 1927 133,43 und 133,3 entsprechend.

Die Umsatzverteilung in den einzelnen Gebieten des Reichs gibt das lebendigste Bild, das man von der Verteilung der Industrie überhaupt erhalten kann. Im folgenden sind Betriebe, erzielte Umsätze und der Anteil der einzelnen Gebiete am Gesamtumsatz in Prozenten für das Jahr 192[illegible] zusammengestellt.

Wirtschaftsgebiet	Betriebe	Umsatz	d. s. in Prozent
Ostpreußen	415	28 Mill. RM.	1,01
Pommern	422	40 „ „	1,44
Berlin-Brandenburg	1773	230 „ „	8,29
Schlesien	1558	243 „ „	8,76
Sachsen	2155	260 „ „	9,[illegible]
Mitteldeutschland	3455	277 „ „	9,98
Nordelbien	833	100 „ „	3,60
Niedersachsen	2235	200 „ „	7,21
Rheinland-Westfalen	4255	700 „ „	25,44
Hessische Gebiete	2108	157 „ „	5,66
Südwestdeutschland	2521	181 „ „	6,52
Bayern	3614	353 „ „	12,72
Deutsches Reich	25 324	2775 Mill. RM	100

Die wirtschaftliche Bedeutung der Industrie in den einzelnen Gebieten ist ganz verschieden. In Rheinland-Westfalen, wo sich in Anlehnung an die Großeisenindustrie eine starke grobkeramische Industrie entwickelt hat, kommen 53 RM Umsatz auf den Einwohner. In den hauptsächlich landwirtschaftlichen Gegenden, wie in Pommern und Ostpreußen, wo im wesentlichen kleine Ziegeleien bestehen, entfallen pro Einwohner nur 21 bezw. 11 RM vom Umsatz der Gruppe „Steine und Erden".

Die Umsätze der Wirtschaftszweige lassen sich leider erst für die Veranlagung 1926, d. h. den Umsatz des Jahres 1925 angeben. Da sich aber wahrscheinlich an den Verhältnissen, mit denen die Zweige an der ganzen Gruppe beteiligt sind, nicht viel geändert hat, die absoluten Zahlen ja auch sowieso überholt sind, behalten die folgenden Angaben ihren Wert für die wirtschaftliche Erkenntnis fast uneingeschränkt.

Umsatzveranlagung 1926

Wirtschaftszweig	Zahl der Betriebe	Umsatz in 1000 RM
Zement, Kalk, Gips	3 415	397 890
Ziegelindustrie	3 341	273 026
Keramik, Glas	7 816	760 719
Sonstige Steine u. Erden	12 711	469 052
Insgesamt	27 283	1 900 687

Zu berücksichtigen ist bei diesen Zahlen, daß sie nur den steuerpflichtigen Umsatz darstellen, nicht wie bei den Veranlagungen 1927 und 1928 den Gesamtumsatz. Erst für die beiden letzteren Veranlagungen, also für die Umsätze von 1926 und 1927 wurde die Ausgliederung nach steuerpflichtigen und steuerfreien Umsätzen vorgenommen. Steuerfreie Umsätze sind in der Hauptsache nach dem Ausland ausgeführte Waren. Was die Industrie der Steine und Erden anlangt, so sind die Exporte ganz vom Wirtschaftszweig bedingt. In den Ziegeleibetrieben Pommerns und Ostpreußens sind sie ganz gering und betragen kaum 3 Prozent, in Westfalen und auch in Berlin-Brandenburg dagegen sind sie sehr beträchtlich und erreichen teilweise 18 Prozent vom Gesamtumsatz.

Eins der wichtigsten und interessantesten Ergebnisse der Umsatzstatistik, die Angabe von Umsatzgrößengruppen, verlangt zum richtigen Verständnis in der Industrie der Steine und Erden nach einer sorgfältigen Untersuchung. Mehr als die Hälfte des Umsatzes von 1927 entfällt auf Unternehmungen mit einem Umsatz von über 1 Million. Indessen ist wohlbekannt, daß diese 469 großen Unternehmungen nicht in allen Zweigen gleichmäßig verteilt sind. Fast der ganze Umsatz in der Zementindustrie wird beispielsweise von etwa 75 Unternehmungen teils größten Ausmaßes gestellt. Ebenso sind in der Glas- und keramischen Industrie nach der Statistik 1925 166 Großunternehmungen am Gesamtumsatz mit fast 60 Prozent beteiligt. In der Ziegelindustrie andererseits sind wieder die kleinen und mittelgroßen Betriebe vorherrschend. Im Jahre 1925 gab es kein Unternehmen mit einem Umsatz von über 5 Millionen Mark und nur 14 Unternehmungen mit einem Umsatz von über 1 Million, der wahrscheinlich 2 Millionen Mark in keinem Falle überschritten hat. Die Umsatzschichtung, über die in der Tabelle berichtet ist, ist also bei allem Interesse, das sie zweifellos verdient, mit Vorsicht zu lesen.

Umsatzgrößen

Größengruppe	Zahl der Betriebe	Umsatz
bis 5000 RM	8346	20 Mill. RM
5000 bis 20 000 RM	7445	79 „ „
20 000 bis 50 000 RM	3361	108 „ „
50 000 bis 100 000 RM	2235	161 „ „
100 000 bis 500 000 RM	2976	631 „ „
500 000 bis 1 Mill. RM	502	349 „ „
1 bis 5 Mill. RM	410	789 „ „
5 bis 10 Mill. RM	40	270 „ „
10 bis 25 Mill. RM	15	246 „ „
über 25 Mill. RM	4	122 „ „

Ueber das Verhältnis zwischen Betriebsvermögen und Umsatz kann man übrigens auf Grund der neuesten finanzstatistischen Ergebnisse aufschlußreiche Feststellungen machen. Das ist um so zweckmäßiger, als sich der erste Hauptfeststellungszeitraum, für den Einheitswerte ermittelt wurden, gerade über den Zeitraum erstreckt, für den die Umsatzzahlen vorliegen. Festgestellt wurden Einheitswerte für 17 347 Betriebe. Das heißt, daß von den zur Umsatzsteuer 1926 veranlagten Betrieben rund 10 000 ein Vermögen hatten, das unter 5000 RM lag. Das genaue Ergebnis der 17 347 Betriebe, für die Einheitswerte von über 5000 RM ermittelt wurden, war das folgende:

Wirtschaftszweige	Betriebsvermögen	Zahl der Betriebe
Zement und Ziegel	654 797 000 RM	6554
Glas und Keramik	697 527 000 RM	4433
Uebrige Steine u. Erden	348 640 000 RM	6360

Bei den „übrigen Steine und Erden" sind die Vergleichsmöglichkeiten nicht gerade günstig, weil die Differenz bei der Zahl der erfaßten Betriebe zu groß ist. In den beiden anderen Abteilungen entspricht der Umsatz 1925 etwa der Höhe des Betriebsvermögens, bei „Glas und Keramik" liegt er allerdings etwas höher.

Gau 1. Frauenkonferenz

In der historischen Harzstadt Goslar fand am 25. und 26. April die Frauenkonferenz für den Gau I unseres Verbandes statt. Aus allen Teilen des Gaues waren die Kolleginnen zu dieser für sie so wichtigen Tagung erschienen. Der Kollege Paul Beyer, Goslar, überbrachte den Delegierten und Gästen die herzlichsten Willkommensgrüße der Zahlstelle Goslar. Im Auftrage des Hauptvorstandes sowie des Gauvorstandes begrüßte der Kollege Scheinhardt die Konferenzteilnehmer und erklärte die Konferenz für eröffnet. Zu den Verhandlungsleitern wurden gewählt: die Kollegin Küster, Seelze, Marie Rubach, Detmold, und der Kollege W. Scheinhardt, Hannover.

Die Fabrikarbeit.

Über dieses Thema sprach der Kollege Scheinhardt. Er führte dazu aus: Aufgabe meiner Ausführungen soll sein, die arbeitstechnische und sozialpolitische Seite der modernen Fabrikarbeit zu besprechen.

Fragt man einen jungen Arbeiter, warum er in einer Ziegelei oder einer chemischen Fabrik arbeitet, so erhält man die Antwort, daß es den Eltern nicht gelungen sei, für ihn eine Lehrstelle zu finden. Diese und ähnliche Antworten klingen so, als sehe man in der Fabrikarbeit etwas Untergeordnetes. Das ist aber durchaus nicht der Fall, denn wir leben heute im Zeitalter der modernen Fabrik- und Maschinenarbeit, nicht mehr im Zeitalter des zünftigen Handwerks.

Das Arbeitsfeld für die ungelernten Arbeiterinnen und Arbeiter hat sich in den letzten 50 Jahren ständig vergrößert. In allen Fabrikbetrieben werden heute ungelernte Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt. So z. B. werden nicht allein ungelernte Arbeiter in der chemischen-, der Papier-, der Ziegel-, der Zement-, der Zucker- und der Konservenindustrie beschäftigt, sondern auch in den Industrien, wo der Nichtkenner der Verhältnisse annimmt, daß nur gelernte Arbeiter beschäftigt werden. In einer großen Anzahl von Metallbetrieben sind heute infolge der Maschinenarbeit die ungelernten Arbeiter in der Mehrzahl. Die Fabrik mit ihrer technischen Ausrüstung hat einen neuen Arbeitertyp geschaffen, das ist der angelernte Arbeiter. Die sogenannte ungelernte Arbeit ist heute fast vollkommen verschwunden. Der Fabrikarbeiter unserer Zeit ist kein Lastenträger und kein Schubkarrenschieber mehr.

11 700 000 Arbeiter und Arbeiterinnen werden in der deutschen Industrie und im Handwerk beschäftigt. Von diesen 11 Millionen Beschäftigten sind 1 959 000 Frauen und Mädchen. Der Anteil der Arbeiterinnen an der Gesamtzahl der in der Industrie beschäftigten stieg von 1882 bis zum Jahre 1925 um 50 Prozent, während der Anteil der männlichen Arbeiter in derselben Zeit nur um 6 Prozent stieg. — All denen, die durch die Tore der Fabrik gehen, legt der Fabrikbetrieb eine harte Pflicht und eiserne Disziplin auf. Rücksichtslos ist die technische Einrichtung des Fabrikbetriebes gegenüber den dort schaffenden Menschen. Sobald sich am frühen Morgen der Mechanismus des Betriebes in Bewegung setzt, dann verlangen die Maschinen aufgewartet zu werden. Die Stanzen, die Pressen, die Walzen und die Messer wollen bedient sein. Ein Stück Rohmaterial nach dem anderen wird durch die Hand des Arbeiters dem gierigen Rachen der Maschine zugeführt. Alle Aufmerksamkeit hat die Arbeiterin oder der Arbeiter den sich drehenden Rädern, den sich bewegenden Hebeln und der ordnungsmäßigen Ausführung der Arbeit zu widmen. Kein Auge darf wo anders hinschauen als auf die Walzen, Messer, Pressen, Räder und Hebel. So tagein, tagaus nagen die Räder der Maschine am Geist des arbeitenden Menschen. Hart und unerbittlich ist das Betriebskommando. Jede Arbeitsstunde fordert im Betriebe von dem arbeitenden Menschen Spitzenleistung.

Kommt der junge Mensch als Arbeiter in den Fabrikbetrieb, so gibt es für ihn nicht erst ein Sicheinfühlen in die Arbeit, sondern seine Arbeitskraft muß sich sofort entfalten. Er wandert in seinen jungen Jahren von Betriebsabteilung zu Betriebsabteilung und von Fabrik zu Fabrik. Er ist auf der Suche nach dem richtigen Arbeitsplatz, nach Aufstiegsmöglichkeiten. Er befindet sich bereits im Kampfe gegen sein Schicksal. Seßhaft wird er erst im Betriebe zwischen dem 20.

und 30. Lebensjahre. Hat er sich einen guten Arbeitsplatz erobert, so steht er bereits für die Fabrikarbeit im vorgerückten Alter. Ist er dann 40 Jahre alt, dann sitzt er auf seinem eroberten Arbeitsplatz recht locker. In diesem Alter öffnet sich die Ausgangspforte des Fabrikbetriebes für den Fabrikarbeiter sehr leicht. Wird er arbeitslos, so kommt er nur sehr schwer wieder in den Betrieb. Wird er wieder eingestellt, so erfolgt seine Einstellung in vielen Fällen nur vorübergehend. — 6 Wochen Arbeit, arbeitslos, ½ Jahr Arbeit — arbeitslos. Rücksichtslos wird er nun durch das Räderwerk der kapitalistischen Wirtschaft gedreht. Das Schicksal des Fabrikarbeiters hat ihn erfaßt.

Die junge Arbeiterin, die noch keine Ahnung von der Fabrikarbeit hat, betrachtet ihren Schritt vom Dienst- oder Hausmädchen als einen Schritt in die goldene Freiheit. Sie ist der Meinung, daß sie das Tor des Lebens gesprengt hat. Erst wenn sie im Betriebe ist, dann lernt sie das Betriebskommando kennen. Sie wird rücksichtslos von diesem Kommando in den Produktionsprozeß eingespannt. Bald lernt sie erkennen, daß im Fabrikbetriebe eine eiserne Disziplin herrscht, der sie, ob sie will oder nicht, sich zu unterwerfen hat. Den Arbeitsplatz, an welchem sie Nässe, Kälte, Hitze, Staub und Schmutz ausgesetzt ist, vertauscht sie, wenn sie die Möglichkeit hat, recht bald mit der Maschinenarbeit. Sie wird nach ganz kurzer Zeit eine sehr gewandte und geschickte Maschinenarbeiterin. Ist die Arbeiterin erst vom Fabrikbetriebe erfaßt, dann entrinnt sie ihrem Schicksal als Fabrikarbeiterin nicht mehr. Sie ist auch noch Fabrikarbeiterin, wenn sie Hausfrau und Mutter ist. Sie hat dann den Traum ausgeträumt, daß die Fabrikarbeit für sie nur etwas Vorübergehendes ist. — Im Regierungsbezirk Hannover sind von 100 beschäftigten Arbeiterinnen 40 verheiratet. In den Konservenfabriken Braunschweigs sind von 100 Arbeiterinnen 71 verheiratet.

Als dritte Gruppe finden wir im Fabrikbetriebe den Fabrikhandwerker. In den Klein- und Mittelbetrieben sind das oft ältere Arbeitskollegen. Sie sitzen auf ihrem Arbeitsplatz fester als der Fabrikarbeiter. Sie werden von dem Arbeiterschicksal nicht so stark erfaßt wie der Fabrikarbeiter. Die Gruppe der Angestellten brauchen wir an dieser Stelle nicht zu betrachten. Das würde sonst den Rahmen der Berichterstattung sprengen.

Die Fabrikarbeit erfordert heute große Beweglich- und Geschicklichkeit. Sie stellt an den Menschen höhere Anforderungen, als das heute bei vielen handwerksmäßig ausgebildeten Arbeitern der Fall ist. Die Fabrikarbeit ist durchaus nichts Untergeordnetes. Mit vielem Stolz können die Arbeiter, die in der Fabrik arbeiten, auf das Werk blicken, was sie schaffen. Ueber die Leistung, die im Fabrikbetriebe vollbracht wird, von den un- und angelernten Arbeitern, ist sich das deutsche Unternehmertum vollkommen klar. Wenn es an dem Begriff „ungelernte Arbeiter" festhält, so nur aus lohnpolitischen Gründen.

Am Sontagvormittag wurde die Tagung fortgesetzt. Zunächst wurde von der Kollegin Rumberger der Bericht von der Mandatsprüfungskommission gegeben. Auf der Konferenz waren anwesend 40 Delegierte. Nunmehr sprach die Kollgin Anna Zammert über „Die Arbeiterinnenfrage als gewerkschaftliches Problem". Sie betonte: Die Organisierung der Arbeiterinnen ist von entscheidender Bedeutung im Klassenkampf. Gerade im Abwehrkampf gegen die Lohnabbaubestrebungen der Unternehmer zeigt sich, daß nur starke Organisationen uns nützlich sein können. Im Zeitalter der Rationalisierung, der durch riesenhafte Arbeitslosigkeit gesteigerten politischen Verwirrung sei es besonders nötig, Blick und Verstand zu schärfen, wirtschaftspolitische Möglichkeiten zu sehen. Die Unternehmer denken ja nicht daran, auf die Frauenarbeit zu verzichten. Darum ist es ganz selbstverständlich, daß die Lohnpolitik der Gewerkschaften mit getragen wird von der Erkenntnis, daß alle Arbeiter ein Interesse auch an höheren Frauenlöhnen haben müssen. Es gilt stets der Grundsatz: „Gleicher Lohn für gleiche Leistung!" Das Ziel wird allerdings nur immer schrittweise erobert werden können. Doch ohne Kampf kein Fortschritt.

Durch den wachsenden gewerkschaftlichen Einfluß konnte das Verhältnis der Arbeiterinnenlöhne zu den Arbeiterlöhnen schon erheblich verbessert werden. Während in der Epoche des Frühkapitalismus die Frauenlöhne nur Bruchteile der damals gewiß auch niedrigen Männerlöhne ausmachten, und wir vor dem Kriege noch Frauenlöhne hatten, die kaum die Hälfte der Männerlöhne betrugen, hat sich durch die Tarifgestaltung doch vieles zugunsten der Arbeiterinnenlöhne gebessert. Aehnlich ist die Entwicklung auch auf dem Gebiete des Arbeiterinnenschutzes. Bezüglich der Arbeitszeit sehen wir eine klare Entwicklung, jedoch auch eine gewaltige Aufgabe noch vor uns. Der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit müßte besonders hartnäckig von den Frauen geführt werden, die in der heutigen Gesellschaftsordnung oft doppelt und dreifach belastet sind. Wir können uns sowohl als Arbeiterinnen wie auch als Hausfrauen und Mütter nicht zufrieden geben mit den Verhältnissen der Gegenwart. Das heute bei der Arbeiterschaft noch in starkem Maße fehlende Klassenbewußtsein und nötige Vertrauen zur Kraft der Arbeiterbewegung ist ein großes Hindernis auch im Kampf um die Frauenziele. Immer mehr muß gewerkschaftliche Aufklärung und Agitation getrieben werden, um die volkswirtschaftliche Bedeutung der Frauenarbeit voll zu würdigen.

Der lebhafte Beifall, welcher der Rednerin zuteil wurde, bekundete das Einverständnis der Kolleginnen. Eine reichhaltige Aussprache zu den aufgeworfenen Fragen schloß sich an. Immer wieder brachten die Kolleginnen zum Ausdruck, daß der Wert der Frauenorganisation mehr noch als bisher verbreitet werden müsse.

Unter „Verschiedenes" wies die Kollegin Rehren, Hannover, noch auf das Gaujugendtreffen hin, welches am 22. und 23. August im Teutoburger Walde stattfindet. Schon jetzt gilt es, dazu alle Vorbereitungen zu treffen. Ferner wurde beschlossen, die nächstjährige Frauenkonferenz in Minden abzuhalten.

Die Konferenzleiterin, Kollegin Küster, forderte abschließend noch einmal auf, das Gehörte in der praktischen Arbeit für die Organisation zum Wohle der Arbeiterinnen und der gesamten Arbeiterbewegung zu verwerten. Der Kollege Scheinhardt dankte zum Schluß den Teilnehmern für ihre Aufmerksamkeit. Er dankte ferner der Zahlstelle Goslar für die freundliche Aufnahme, sowie der Arbeiterjugend Goslars für die Ausgestaltung dieser Tagung und der Kollegin Küster für ihre vortreffliche Leitung der Konferenz. Unter Absingung des Liedes „Wann wir schreiten ..." fand die Tagung einen würdigen Abschluß.

Hoffen wir, daß der Zukunftsglaube und die Kampfesstimmung, welche die Konferenz beseelte, auch von reichen Erfolge beschieden sein möge. Darum frisch auf, zur neuen Tat!

Mar. Rubach.

Hildesheim, Quartalsversammlung

Am 26. April 1931 fand im Gewerkschaftshaus zu Hildesheim unsere fällige Vierteljahresversammlung statt.

Den Kassen- und Vierteljahresbericht gab der Geschäftsführer, Kollege Heinrich Hillebrandt. Ein Jahr der schwersten wirtschaftlichen Krise liegt hinter uns. In der Stadt konnten wir unseren Mitgliederbestand steigern, während er auf dem Lande zurückging. Wir haben im vergangenen Jahr an Arbeitslosenunterstützung gezahlt 8557 RM. Demgegenüber stand eine Einnahme von 10 985 RM. Rechnen wir noch hinzu, daß Kranken-, Invaliden-, Streik- usw. Unterstützung gezahlt werden mußte, so können die Mitglieder ersehen, wieviel Zuschüsse wir aus der Hauptkasse entnehmen mußten. Die Lohnabbauwelle hat unser Verband im vorigen Jahre verhindern können. Darum müssen auch ganz besonders in den ländlichen Bezirken die Kollegen für den Verband werben.

Ueber die Arbeitsmöglichkeit und die Tarifverhältnisse ist zu berichten, daß in der Ziegelindustrie die Aufnahme der Betriebe nur sehr zögernd vorwärtsgeht. Der Lohntarif lief am 30. April 1931 ab, und haben die Unternehmer einfach durch Anschlag bekanntgemacht, daß schon ab 1. April 1931 der Lohn um 13 Rpf. gekürzt wird. Wer dafür nicht arbeiten will, kann gehen. Die eingereichte Klage beim Arbeitsgericht ist glatt gewonnen, und muß dies wiederum ein Ansporn für unsere Kollegen sein, für den Verband zu werben. Auch die Tarife für die Zuckerindustrie, Raffinerie und Tapetenfabrik sind gekündigt. Letztere, sowie die Glashütte liegen immer noch still.

Bei allen vorgenommenen Betriebsratswahlen haben wir einen schönen Erfolg erzielt. Nirgends haben die Nazis oder RGO eigene Listen aufzustellen gewagt. Ueberall sind unsere Kollegen als einzigste Vertreter gewählt worden.

Auf Antrag der Revisoren wurde dem Geschäftsführer Entlastung erteilt.

Die Debatte bewegte sich im Sinne des Vortrages und gipfelte in der Aufforderung an die Kollegen, rege zu werben und den Verband schlag- und finanzkräftig zu halten.

Die Jugendfrage wurde dann noch besprochen und in Ermangelung einer eigenen Jugendorganisation der Eintritt in die SAJ empfohlen. Auf das im August stattfindende Jugendtreffen wurde hingewiesen und bekanntgemacht, daß der Hauptvorstand auch in diesem Jahre wieder Buchprämien gewährt.

Adolf Eichhorn, Schriftführer.

Dresden, Quartalsversammlung

Die Quartalsversammlung vom 24. April 1931 im Dresdener Volkshaus, Großer Saal, hatte folgende Tagesordnungspunkte zur Grundlage:

1. Vortrag über: „Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und 40-Stundenwoche". (Referent: Kollege Otto Fischer.) 2. Geschäfts- und Kassenbericht vom 1. Quartal 1931. 3. Verbandsangelegenheiten.

Kollege Fischer stellte in seinem Referat die hauptsächlichsten Ursachen der Wirtschaftskrise und der aus dieser resultierenden Arbeitslosigkeit als Auslandsverschuldung, Kapitalflucht, Goldmarktverschiebung und planlose Rationalisierung an Hand eines überreichen Zahlen- und Tatsachenmaterials und Beispielen der Auswirkung heraus.

Das auf 5 Millionen angewachsene Arbeitslosenheer, in Verbindung mit der ungeheuerlichen Belastung der Reichsanstalt, für Arbeitslosenversicherung und der Gemeinden, drängen gebieterisch auf Entlastung des Arbeitslosenmarktes. Der Referent zeigt den Werdegang der Krise und ihre Ursachen an den obenskizzierten Umständen.

Aus all diesen Ursachen heraus haben der ADGB. sowie die Spitzenverbände der anderen Gewerkschaften die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit von 40 Stunden pro Woche als gesetzliche Regelung in den Vordergrund der Hilfsmaßnahmen gestellt. Diese Forderung muß trotz des Widerstandes der Arbeitgeber und ihrer Verbände auch von der organisierten Arbeiterschaft mit großem Nachdruck vertreten werden. Aufgabe der Gewerkschaften würde es dann sein, für einen Ausgleich der Verdienstspanne zu sorgen.

In der Diskussion sprachen zum Referat die Kollegen Panno, Jakob, Seemann und Fritzsche im Sinne des Referenten, vertraten auch zum Teil mit Nachdruck den Standpunkt des Lohnausgleiches.

Der vom Kollegen Grafe erstattete Geschäftsbericht erstreckte sich gleichfalls auf die Wirtschaftslage, die im letzten Quartal geführten Tarifbewegungen, den Organisationsstand am Orte, auf die Betriebsrätewahlen und auf den Kassenbericht. Die Einzelbewegungen werden vom Berichterstatter gekennzeichnet und betont, daß in einer Reihe von Gruppen die Lohnverträge noch unverändert weiterlaufen, hingegen in anderen Gruppen die Bewegungen leider mit einem Abbau der Löhne im Durchschnitt von 5 Prozent zur Durchführung gebracht wurden. Trotz der Schwere der Verhandlungen sei es lediglich der Stärke der gewerkschaftlichen Organisationen zu verdanken, daß die maßlosen Abbauwünsche der Arbeitgeber bis zu einem gewissen Grade abgewehrt werden konnten.

Vor allem wird auf die Schwierigkeiten der Bewegung in der Ziegel- und Porzellanindustrie hingewiesen. Der Mitgliederstand der Organisation am Orte hat sich bis auf einen minimalen Abgang gehalten und wird sich bei Belebung der Wirtschaft und vor allen Dingen des Baumarktes steigern.

Die zum großen Teile durchgeführten Betriebsrätewahlen brachten einen vollen Sieg der freien Gewerkschaften, eine Niederlage der RGO. Der Abwehrkampf der Arbeiterschaft der Firma „Kirchbachsche Werke", Coswig, um Rückgängigmachung der Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden wurde mit vollem Erfolg und mit Hilfe der Organisation beendet.

Die auch unsere Organisation in voller Schwere treffende Arbeitslosigkeit erforderte große finanzielle Opfer der Haupt- und Lokalkasse, so daß an außerordentlichen Unterstützungen aus der Lokalkasse 22 000 RM zur Auszahlung gebracht werden mußten. Rirka 60 000 RM sind aus der Hauptkasse für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung sowie 13 000 RM aus der Invalidenunterstützung zur Auszahlung gebracht worden.

Trotz dieser großen Opfer ist der Stand der Lokalkasse als gut und der Eingang an Beiträgen als normal zu bezeichnen.

Zum Geschäftsbericht sprechen die Kollegen Fritzsche, Lübecke und Jakob.

Schluß der Versammlung gegen ½11 Uhr.

Richard Mager, Schriftf.

Breslau

Die Stelle des 2. Bevollmächtigten in der Bezirkszahlstelle Breslau ist mit dem Kollegen Paul Blasek aus Ohlau besetzt. Allen Bewerbern besten Dank.

Die Ortsverwaltung. J. A.: G. Deswysen.

Ausschlüsse

Ausgeschlossen wurden gemäß § 14, Ziffer 3a und c, in Verbindung mit § 14, Ziffer 5 des Verbandsstatuts, die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle **Heilbronn:** Max Wenzel, Buch-Nr. 808 066; Willi Müller, Buch-Nr. 817 399; Karl Schanzenbach, Buch-Nr. 17 371; Luise Beyl, Buch-Nr. 647 618. Ferner auf Grund des § 14, Ziffer 3a, in Verbindung mit § 14, Ziffer 5 des Statuts, die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle **Bruckmühl:** Johann Hauser, Buch-Nr. 923 593; Wilhelm Pöppel, Buch-Nr. 1 082 356. Sodann gemäß § 14, Ziffer 3a, b und d, in Verbindung mit § 14, Ziffer 5 des Verbandsstatuts, die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen **Eberswalde:** Otto Hamann, Buch-Nr. 1 140 455; **Fürth/Bayern:** Anna Nebauer, Buch-Nr. Gl. 102 000; und gemäß § 14, Ziffer 3a, in Verbindung mit § 14, Ziffer 5, das Mitglied der Zahlstelle **Augsburg:** Jakob Pfandzelt, Buch-Nr. 1 100 811.

Jugend von heute ... Männer und Frauen von morgen

Deutschland war vor dem Kriege das einzige Land, wo es als Schande galt, Gewerkschafter und Sozialdemokrat zu sein. Unter diesen Umständen ist es leicht denkbar, daß damals die Proletarierjugend ohne Recht und Schutz dem Herrn Meister und der Frau Meisterin ausgeliefert gewesen ist. Ueber zwölf Stunden Arbeit täglich. Bis spät in den Abend Botengänge. So „nebenbei" für die Meisterin zum Krämer, Fleischer, Bäcker usw. rennen, Wasser holen, sämtliche Schuhe sauber machen, Sonntags in die Fortbildungsschule und Kirche. Es fehlte Freizeit zur Erholung und Selbstbildung. Tausende wurden frühzeitig krank. Viele nahmen sich vor Verzweiflung das Leben. Aber das alles rüttelte das Gewissen der bürgerlichen Gesellschaft nicht auf. Ohne Recht, ohne Schutz, verprügelt, verkümmert, um die Jugendfreude beraubt, so wuchs ein Geschlecht heran, von dessen Taten die heutige Jugend nicht immer erfreut ist. Die „Alten" werden sich noch erinnern können an die „gute alte Zeit". Manches verspießertes Arbeiterhirn lallt heute noch von der guten alten Zeit und wagt es sogar, sie uns zum Vorbild zu stellen.

Sehen wir uns die Arbeiterjugend von heute an, die durch die Straßen marschiert, sportgestählt und jugendfroh, aufwärtsblickend, vorwärtsdrängend. Heute geht sie während der Arbeitszeit in die Berufsschule. Die Gewerkschaften, Partei und Jugendsektionen haben der Jugend schon viel Rechte erstritten. Freizeit wurde geschaffen. (Natürlich noch nicht genügend.) Sport, Spiel, Schwimmen, Turnen, Leichtathletik, Skifahren, Wandern, Vorträge, Diskussionen, Lesen, wissenschaftliche und sozialistische Literatur finden immer mehr Eingang in die Gemeinschaft der Arbeiterjugend, der sozialistischen Jugend.

Krieg war in der Welt, als diese Jungen und Mädel Kinder waren. Vater an der Front. Mütter in der Fron der Munitionsfabrik, nur zu oft Hunger und Elend im Hause. Diese „Kindheit" hat unsere Jugend geformt. Sie gelobt sich einander, daß sie sich nie zwingen lassen werde, gegenseitig zu morden im Krieg, um der Machtgelüste der Herrschenden, um der Profite der Reichen willen. Sie stellen sich gemeinsam für den für sie einzig möglichen Krieg der Befreiung der Arbeit.

Als diese Jungen und Mädel kaum in die Schule gingen, brach die Revolution aus. Ungeheures Geschehen hat diese jungen Menschen aufgerüttelt, früh ihren Sinn für der Menschheit große Gegenstände geweckt. Sie haben Vater und Mutter Enttäuschungen, Niederlagen erleben gesehen und ihr Erleben mitgefühlt. Sie geloben sich deshalb, daß sie vollenden werden, was ihre Eltern begonnen haben.

Arbeitende Jugend! Mit 14 Jahren schon aus der Schule gerissen, tritt sie vor die Maschinen. Die Maschinen, die Menschengeist verurteilen zu geistloser, mechanischer Arbeit, zu ewiger, hastender Wiederholung gleicher, immer wieder gleicher Handgriffe.

Burschen und Mädel, die früh, oft trotz aller Elternliebe, schon Hunger, Elend, Verzweiflung, Arbeitslosigkeit und Streiks erlebt haben. Sie wollen kämpfen für eine neue, bessere Welt, in der allen Kindern die Bahn frei sein soll, ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten zu entfalten! Für eine Welt ohne Krieg, ohne Arbeitslosigkeit, ohne Ausbeutung der Menschen durch den Menschen. Für eine Welt, in der das Kulturerbe der Menschheit zum Erbe aller Menschen werden soll! Für die völlige Gleichberechtigung der Arbeiterklasse in Staat und Gesellschaft!

Träumerei? — Ach, welcher Spießer hat nicht vor vierzig Jahren als Träumerei verspottet, was wir heute erreicht haben? Zum Beispiel die Erfassung von über 100 000 Jugendlichen in den Organisationen der Gewerkschaften, der Sozialdemokratie, der Arbeiterturnvereine, oder den Achtstundentag, die Berufsschule, den Tarifvertrag, durch den auch für die Jugend schon viele Rechte betreffs der Lohn-, Arbeitszeit- und Urlaubsregelung erkämpft worden sind.

Keine Träumerei! Die Welt wird dazu werden, wozu diese kampffrohe, zukunftssichere, siegessichere Jugend sie gestalten will. Sie wird das vollenden, was die Alten begonnen — — — die Jugend von heute — — — die Männer und Frauen von morgen!

F. F. K.

Jugendgruppe in Piesau

Infolge der schweren Wirtschaftslage und besonders durch die stete Zunahme der Arbeitslosigkeit ist unsere Arbeiterjugend mehr denn je bedroht, moralisch und seelisch zugrunde zu gehen. Sie vor dem Untergang, der ihr von allen Seiten droht, zu schützen, hat sich die Freie Gewerkschaft zur Aufgabe gemacht, indem sie Jugendgruppen ins Leben gerufen hat. Diese Jugendgruppen haben in erster Linie den Zweck, die jungen Kolleginnen und Kollegen herauszuholen aus den verstaubten Betrieben in die freie Natur und ihnen dadurch die Sorgen des Alltags vergessen zu helfen. Dabei soll jedoch auch in Versammlungen der ernsten Sache der Freien Gewerkschaften gedacht werden, in welchen die jungen Mitglieder in der Hauptsache auf die Notwendigkeit und Nützlichkeit des Verbandes aufmerksam gemacht werden sollen, damit sie ein richtiges Bild über die Tätigkeit desselben bekommen.

Vor kurzer Zeit hatte Kollege Kohlschütter, Gräfenthal, bei uns in Piesau eine Versammlung einberufen, in welcher ein großer Teil der hiesigen jungen Arbeiter anwesend war. Kollege K. sprach in kurzen, ernsten Worten von der Bedeutung der Jugendgruppen und ermahnte alle Anwesenden, dem Verband treu zur Seite zu stehen und mitzukämpfen für die große Sache der Freien Gewerkschaft, denn, fuhr der Kollege fort, wenn die alten Mitglieder der freien Gewerkschaften keinen Nachwuchs bekämen, so wäre ihr Kampf vergebens, und die mit Mühe und Not erkämpften Vorteile gegenüber unseren Großvätern (Achtstundentag, Tarifvertrag, Urlaub usw.) wären mit dem Eingang des Verbandes sofort zunichte. Wenn dies geschähe, ginge der sehnlichste Wunsch der Kapitalisten, uns alle bis auf den Hund zu bringen und uns zu versklaven, in Erfüllung. Darum wäre es unsere Pflicht, den Verband durch unsere Jugendgruppen zu stärken, damit er weiter erfolgreich zum Wohle der Arbeiterschaft kämpfen könnte. Nach den Ausführungen des Kollegen Kohlschütter wurde ein Jugendleiter gewählt, worauf die Veranstaltung in den gemütlichen Teil überging.

Nachdem einige Kampflieder verklungen waren, wurde der Abend mit Unterhaltung beschlossen. Einige musizierende Kollegen hatten sich zusammengefunden und ihr Können den jungen Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung gestellt.

Von den anwesenden Jungen wurde fest versprochen, stets für das Wohl ihrer Mitkollegen zu kämpfen in den Reihen der Freien Gewerkschaft.

Wohlauf, durch Kampf zum Sieg!

Heinrich Müller, Piesau.

UNTERHALTUNG u. WISSEN

Savefahrt des Kalkbrenners I. Knicslawec

Der Kalkbrenner Ignaz Knicslawec war wie vorm Kopf geschlagen. Dreißig Jahre hatte er Tag um Tag, Nacht um Nacht, Schicht um Schicht, Ofen für Ofen Kalk gebrannt. Wie oft war er 24, 36 Stunden am Ofen geblieben. So hatte ihn seine Arbeit in Anspruch genommen, daß ihm keine Zeit blieb, sich nach einem Weibe umzuschauen. Allerdings, der Verdienst hätte auch nicht für eine Familie gelangt. Früher — wie lange ist es schon her? — hatte er eineinhalb Kronen Tagesverdienst, nach 1918 waren es knapp 250 Dinar, die er zum Wochenende ausgezahlt erhielt. Die Hälfte des Geldes wanderte ins Wirtshaus und in die Tabaktrafik. Ein Kalkbrenner hat Durst! Und der rechte Mann raucht! Für Nahrung und Kleidung — er ist bescheiden — hat es stets gereicht ... Nun soll es auf einmal aus sein? Nicht zum glauben! Aber der Chef hatte es ihm gesagt. Der Betrieb wird stillgelegt. Kein Ofen wird mehr angezündet. Gewiß, man hatte ihm angetragen, mitzuziehen nach jenem Bos. Gradiska — der Teufel weiß, wo dieses Nest liegt. Irgendwo hinter Zagreb mußte es sein. Dort könne er weiterschaffen. Für das Reisegeld habe er selbst aufzukommen.

Ja, das Reisegeld! Kein Parastück klimperte in seinen Taschen. Aber hin zur neuen Arbeitsstelle mußte er. Das stand fest. Wie sollte er leben ohne die großen, runden, rotbrodelnden Oefen? Er liebte die Kalköfen mit ihren feuerspeienden Fenstern, die wie riesenhafte glühende Augen in die Landschaft starren und ihr ein schreckliches Bild verleihen. Die Kalköfen sind seine Welt. Er muß sie haben. Außerdem, der Chef brauchte ihn! ... Ignaz Knicslawec ist ein einfältiger Mann.

Halb dösend, träumerisch, wie von Ferne gelenkt, war er mechanisch hinabgestiegen ins Tal, nach Zidani most. Lange stand er oberst der Wagenbrücke und blickte mit leeren Augen auf die Eisenbahnbrücke unter ihm. Da ratterten in einemfort Züge mit Menschen, die Geld besitzen für eine Fahrkarte. Wieviel, hatte der Stationsvorsteher gesagt, kostet eine Fahrkarte nach Bos. Gradiska? 120 Dinar? Ueber zweihundert Kilometer sind es? Zweihundert Kilometer ... Wie soll er das schaffen? Die Füße schmerzten ihn schon jetzt. Dabei war er nur von seinem Gebirgsnest einige Stunden gestiegen! ... Ja, das Bündel! ...

Auf einmal wurde sein Blick starr. Da ... unter der Bahnbrücke, auf der Save, kamen Flöße geschwommen, eins, zwei, drei, vier, fünf! Starke Männer regierten sie scheinbar mühelos. Floß ... Save ... Bos. Gradiska ... an der Save, hatte der Chef gesagt, schoß es ihm durch den Kopf. Er schlug sich an die Stirn und eilte in schnellem Entschluß über die Brücke, kroch unter einem Geländer weg, rutschte den Damm hinunter zum Fluß, den Floßleuten etwas zurufend. Die schrien zurück, deuteten nach hinten. Er überlegte und trabte dann stromauf ...

So kam es, daß Ignaz Knicslawec, der Kalkbrenner aus dem Gebirgsdorf, als Flößer auf der Save fuhr. Anfangs war ihm, der nie bisher auf dem Wasser gefahren war, unangenehm zumute. Er fürchtete, das hölzerne Ding könne jede Minute auseinanderreißen. Aengstlich schaute er sich um. Bald jedoch forderte die Arbeit seine ganze Aufmerksamkeit. Und nach einigen Stunden war ihm, als habe er in seinem Leben nichts anderes getan, denn die Ruderstange führen. Seine Kameraden waren keine Unmenschen. Gebirgsflößer lassen sich gern helfen; sie helfen aber auch jederzeit. Ignaz Knicslawec ruhte abwechselnd mit den anderen auf einem Bretterverschlag, geschützt vor den stechenden Sonnenstrahlen und den noch lästigeren Schnaken.

Während des Ruderdienstes erfuhr er von dem Manne an der zweiten Stange, einem gesprächigen Krainer, allerhand Dinge, von denen er nie gehört. Daß ein Saveflößer tausend Dinar — welch eine Summe! — für eine Fahrt erhält, wollte er nicht glauben. Und als der Mann weiter erzählte, diese Bezahlung haben die Flößer nur ihrer Geschlossenheit in ihrer Organisation zu verdanken, vermutete er, der Kamerad flunkerte ihm etwas vor. Trotzdem sog er begierig die Worte des anderen ein; Worte von den Rechten der Arbeiterschaft, vom Wunsche nach dem Achtstundentag und anderem mehr. Ignaz Knicslawec staunte. Um was sich die Leute alles kümmern! Er hatte stets nur den Kummer gehabt, nachzudenken, wie die Schulden beim Wirt beglichen werden, ohne daß er verdürstet. Lohnforderungen, Arbeitskämpfe ... gewiß, er hatte von fern so etwas gehört. Aber nachgedacht!? Nein! Wozu denn!? Und doch mußte man über diese Dinge nachdenken! Der Flößer sagte es! Jawohl!

Währenddessen glitt das Floß auf den reißenden Fluten der Save hin. Ortschaften blieben zurück. Da waren Hopfenfelder. Auf hohe Stangen kletterten grüne Ranken. Die Häuser waren spaßig zweckentsprechend: mit hohen, spitzen Giebeln, die luftige Räume bergen zum Hopfentrocknen. Ringsum mit Veranden, die voll hingen von Bohnenschoten. Auf saftigen Uferwiesen weideten fette Schafe und platzeutrige Kühe. Auf Bergen reihten sich Terrassenweinberge. Winzerhäuschen wechselten mit kleinen Kapellen. Züge überholten das Floß. Und Autos mit schreienden, gestikulierenden Marktweibern in lachend bunter Kleidung.

Das Floß wurde hin- und hergerissen. Auf und nieder. In allen Fugen krachte es. Die Bretter — das Floß brachte Langholz und mehr noch Bretter nach Belgrad — bogen sich und rutschten. Die Steuerleute hatten alle Hände voll zu tun. Erst vor Zagreb, der schönen Hauptstadt Sloweniens, wurden die Wasser ruhiger. Das Flußbett verbreiterte sich. Boote und kleine Ewer, mit Steinen und Marktwaren, wurden aufwärts getreidelt.

Wieder hieß es aufpassen. Die Save hat tückische, totlaufende Nebenarme. Breit floß der Fluß in weite Ebenen. Die Berge traten zurück. Maisfelder — aha, daher kommt die Polenta! — weit und breit. Jetzt hackte das Floß. Eine Untiefe? Brr ... Das war eine Sandbank! Wo ist das Ufer? Ueberall, soweit das Auge reicht, Sumpf, Schilf, hohe, harte Gräser. Hart arbeiteten die Männer.

Die Save ist wild. Im Oberlauf reißend. Stromschnellen, Engen, Felsblöcke. Im Mittel- und Unterlauf lauern Untiefen, Sandbänke, Sümpfe. Nebenarme täuschen. Das Wasser fließt abwechselnd ruhig und schnell. Bei Sisak mündet die dunkle Kulpa, die das hellgrüne Wasser der Save häßlich färbt.

Die Fahrt ermüdete. Es wurde Nacht. Berge kamen rechts wieder näher. Gegen Mitternacht klatschten zum letzten Male die Ruder ins mondbeschienene Wasser. Stumpf stieß das Floß an die Anlegestelle bei Bos. Gradiska.

Die Flößer sprangen an Land. Sie wollten sich ausruhen für den zweiten Teil ihrer Fahrt. Ignaz Knicslawec verabschiedete sich mit Dankesworten. Er wanderte in die Nacht, ein anderer, nun wissender Mensch, sich eine Schlafstelle zu suchen. Nächsten Tages sah man ihn fragen nach dem neuen Arbeitsplatz an den Kalköfen.

Herbert Reinhold.

10 Jahre Akademie der Arbeit

In der der Universität Frankfurt a. M. angegliederten Akademie der Arbeit, die Anfang Mai 1921 ihre segensreiche Tätigkeit begann, besitzen wir die erste und einzige Arbeiterhochschule, die zu einem nicht mehr entbehrlichen Bestandteil der wissenschaftlichen Durchbildung im Sinne einer sozialaktiven Leistungsausgabe wurde. Ihre materielle Existenz, ihre verwaltungstechnische Organisation beruht auf einen Vertrag des Preußischen Ministeriums für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung mit den Spitzenverbänden der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen. Die Akademie stellt in ihrer pädagogischen Zielsetzung eine ganz neuartige, durch die Staatsumwälzung von 1918 dringlich gewordene Hochschulreform dar. Zum Unterschied zur freien Erwachsenenbildung ist sie keine Stätte individueller Begabtenförderung, die die privaten Neigungen privater Personen befriedigt (wie es wohl Aufgabe der Volkshochschulen ist), sondern hat eine gesellschaftlich politische Mission zu erfüllen. Ihre Aufgabe ist es, berufstätige Menschen unter Ausschaltung jeglicher privilegierter Vorrechte hochschulmäßig zu bestvorbereiteten Mitarbeitern des öffentlichen Lebens, vor allem der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Selbstverwaltung der Arbeiterschaft, zu disziplinieren.

In einem Brief an einen Ministerialvertreter aus dem Jahre 1921 hat der Leiter des ersten Lehrganges der Akademie, Professor Dr. Eugen Rosenstock, die Sonderheit des pädagogischen und gesellschaftlichen Standortes, von dem aus die Arbeit unternommen wird, umschrieben: „Die Anstalt nimmt den Besucher als Repräsentanten seiner Klasse, die Arbeiterklasse selbst aber als Repräsentantin des ganzen Volkes. Jedem Erwachsenen täte das not und gut, was hier den Erwachsenen geboten werden soll, die es zweifellos am notwendigsten haben, nämlich denen, die bisher in ihrer Entwicklung keinen besinnlichen Lebensabschnitt gekannt haben. Es handelt sich also nicht um einen Aufstieg einzelner Begabter in andere „höhere" Sphären, sondern um Vollbildung der Klasse, die an einzelne Individuen zuerst verwirklicht wird." Aus dieser sozial-psychologischen Bestimmung der Bildungsaufgabe wird auch der Unterschied zu den benachbarten Partei- und Gewerkschaftsschulen, die aus naheliegenden Gründen ihre Besucher für eine ungleich größere Zweckerfüllung aktivieren müssen, ersichtlich. Die Akademie will diese Zweckbestimmtheit, die im wesentlichen auf eine mehr technische Schulung bedacht sein muß, bewußt erweitern und ihre Hörer zu einer aus freiem Entschluß h[illegible]gehenden politischen und sozialaktiven Leistung befähigen. Die Eigenheit ihrer wissenschaftlichen lebensnahen Bildungsordnung läßt sie zu einem Mittelstück zwischen Universität, Partei-, Gewerkschafts- und Volkshochschulen werden. [illegible]stock schreibt in dem obenzitierten Brief: „Von allen (gemeint sind die genannten Schulformen. D. Verf.) sollte sie notwendige und wichtige Bestandteile enthalten: von der Universität die Lauterkeit des Gedankens, von der Volkshochschule die überfachliche Einstellung, von den Betriebsräteleuten das [illegible] Anpacken der sozialen Wirklichkeit, von der Parteischule die politische Lebendigkeit."

Ausgangspunkt ihrer pädagogischen und wissenschaftlichen Bemühungen ist die reale Macht der Arbeitswelt. Das Erkennen dieser Arbeitswelt in ihrer ganzen Weiträumigkeit bewahrt die Akademie vor dem Abgleiten in ein bloßes Theoretisieren. Ihre Arbeit ist nothaft bestimmt; alle Schüler sind ja das Opfer ihrer sozialen Gebundenheit. Sich aus dieser zu befreien, geistig, die soziale Wirklichkeit, deren Träger sie sind, zu gestalten, wird als die wesentlichste Aufgabe empfunden. Daß dies nicht mit Phrasen oder fertigen Allerweltsrezepten unternommen werden kann, beweist die tragische Zerrissenheit des politischen Lebens. Die Akademie betreibt nicht die Ausmünzung der Wissenschaft für praktische Zwecke, genügt sich nicht in der Organisation von Spezialkenntnissen, sie bemüht sich um die Steigerung der Fähigkeiten, um die Vermittlung eines systematisch erarbeiteten Ueberblicks und, was das wichtigste ist, um tieferes Eindringen in die Zusammenhänge und Ordnungen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens. Sie empfindet es als ihre Pflicht, dem Geist der freien, nicht zweckhaft gebundenen Wissenschaftlichkeit mit den sozialen Funktionen im Dienste der Allgemeinheit zu verbinden. Erziehung zur unerbittlichen Sachlichkeit, zur sozialen Verantwortung adelt das Wirken dieser Anstalt.

Neun Monate lang fordert sie von ihren Hörern die innere Bereitschaft zur Bewältigung dieser Aufgaben. Der Lehrplan, der stets an der Erfahrungswelt des Arbeiters orientiert ist, stellt die wesentlichsten Vordergrundfächer wie Wirtschaftslehre, Rechtslehre (unter Bevorzugung des Arbeitsrechts), Staatslehre und Politik, Gesellschaftslehre und Sozialpolitik in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. Ergänzt werden diese Arbeitsgebiete, die in arbeitsgemeinschaftlichen Formen, Vorlesungen und seminaristischen Uebungen behandelt werden, durch Einzelvorträge, die auch peripherische Probleme erörtern. Eine wichtige Funktion innerhalb des gesamten Lehrprogramms haben die Führungen und Besichtigungen, wirtschaftliche Exkursionen und eine größere Studienreise in ein deutsches Industriegebiet zu erfüllen.

Der besonderen Initiative und der ständigen Mitarbeit der deutschen freien Gewerkschaftsbewegung, die zu den Gründern des Instituts gehört, ist es zu danken, daß sich die Akademie zu einer lebensfähigen, segensreich auswirkenden Arbeiteruniversität entwickeln konnte. Von den 60 bis 70 Hörern, die jeder Lehrgang umfaßt, stellen den größten Prozentsatz (90 Prozent) die Mitglieder der freien Gewerkschaften. Der größte Teil von ihnen wird vom ADGB., dem Afa-Bund, von dem Allgem. Deutschen Beamtenbund delegiert; einen ganz kleinen Prozentsatz stellen die christlichen Gewerkschaften, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und der Deutsche Beamtenbund. Eine Anzahl der Hörer erhalten Stipendien, die zum Besuche der Akademie von den verschiedenen Städten, Provinzen und Ländern ausgesetzt sind. Im Verwaltungsausschuß ist der ADGB durch den Vorsitzenden des Zentralverbandes der Dachdecker, Theodor Thomas, und durch den Bildungssekretär des ADGB, Otto Heßler, vertreten. Der [illegible] durch Wilhelm Stähr, der Allgemeine Deutsche Beamtenbund durch Ministerialrat Albert Falckenberg. Viele Hunderte von Mitgliedern der freien Gewerkschaftsbewegung sind Hörer der Akademie gewesen; alle sind Funktionäre der Bewegung. Was sie sich in ernster Arbeit eroberten, soll und muß dem Dienst um die Befreiung der deutschen Arbeiterklasse aus der Barbarei der kapitalistischen Wirtschaft nutzbar gemacht werden. Der durch die Akademie der Arbeit geschulte Wille zum phrasenlosen Kampf gegen Eigennutz, Rechtlosigkeit, gegen Willkür und Unordnung, der mit sauberen Waffen, mit Klarheit, Wissen und Zuversichtlichkeit gekämpft wird, ist nur ein Gleichnis. Ein Gleichnis für den sieghaften Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung.

Walther G. Oschilewski.

Sie kennen sich. A-Nazi: „Ich sag' dir, gestern bei der Verlobungsfeier unseres Gruppenführers ist es zackig hochfeudal zugegangen! Wir haben sogar mit silbernen Löffeln gegessen!"

B-Nazi: „Zeig!"

(Der Wahre Jacob.)

Die gewerkschaftliche Befreiung der Frau

Es gibt mehr als 3½ Millionen verheiratete, erwerbstätige Frauen in Deutschland. 1 Million verwitwete und geschiedene Frauen sind erwerbstätig und rund eine halbe Million uneheliche Mütter. Aber fast alle stehen im harten Kampfe um das tägliche Brot. Alle sind eingespannt in das kapitalistische Arbeitsleben, das mit seiner Profitberechnung dem weiblichen Wesen zuwider ist.

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung ist eine Kulturgefahr auch deshalb, weil sie die weibliche Eigenart nicht zur Entfaltung bringt. Kultur kann nur sein, wenn männliche Art und weibliches Wesen harmonisch das Zusammensein gestalten. Aber im Kapitalismus kann das schöpferische Ausleben der Frau in ihrer Wesensart nicht sein.

Der Geschäftsgeist der kapitalistischen Wirtschaft widerspricht der weiblichen Eigenart. Denn der Sinn der kapitalistischen Wirtschaft ist auf das Ich gerichtet, auf den Vorteil des einzelnen, während in der Frau das Mütterlich-Schenkende liegt. Der Kapitalismus kann nur durch Verstandeskräfte gehalten werden, während gerade im Wesen der Frau ein Bedürfnis nach einem ethischen Sinn alles Schaffens vorhanden ist.

Der Kapitalismus bedeutet die Vermännlichung des Lebens. Er läßt das Urtümliche der Frau nicht zur freien Entfaltung kommen und hält damit der Menschheit ein Stück großen Kulturschöpfertums vor.

„Vom Mütterchen" hatte der alte Goethe, wie er es ja einmal ausgesprochen, die „Frohnatur" und die „Lust zu fabulieren". Im Frauenwesen liegt etwas Künstlerisches, es ist „so nah mit Kunst verwandt", wie es Goethe sagte. Eine große Kultur könnte nie sein, wenn Frauen nicht die Menschheit trügen, und wenn Frauen der Menschheit aus ihrem Frauenwesen nicht immer neu austeilten, etwas von diesem umspannenden Fühlen, ohne das große Kulturschaffen gar nicht möglich ist.

Darum muß das Wirtschaftsleben so gestaltet sein, daß das Wesen der Frau in ihm eine Pflegestätte findet. Zur Kultur der weiblichen Seele gehört die Ruhe, gehört die Beschaulichkeit. Das Hasten und Jagen und Sorgen, von dem die proletarische Frau im heutigen Wirtschaftsleben erfaßt wird, ist der Kultur des Mütterlichen zuwider. Das Liebende im Wesen der Frau hat ein Leben in wirtschaftlicher Sicherheit nötig, wenn es sich ganz entfalten und in Fülle auf die Kinder austeilen soll. Und Kinder brauchen diese volle Liebe der Mutter, wie das Veilchen den Sonnenschein.

Wenn die gewerkschaftliche Bewegung bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpft, so erstrebt sie damit nicht nur ein wirtschaftlich-soziales Ziel für die arbeitende Frau und die Familie der Hausfrau und Mutter. Mit der sozialen Freiheit erzwingt die Bewegung zugleich die neue Kultur auch des Weiblichen. Die neue soziale Gestaltung des Wirtschaftslebens ist nötig, daß die Frau in der menschlichen Gesellschaft als Frau ihre große, heilige Aufgabe erfüllen kann.

Wenn trotzdem der Prozentsatz der gewerkschaftlich organisierten Frauen noch so gering ist und so viele Ehefrauen noch nicht das volle Verständnis besitzen für den Gewerkschaftskampf ihres Mannes, so liegt das vielleicht an dem mangelnden Erkennen, das unter den arbeitenden Frauen noch über den Kultursinn des Gewerkschaftskampfes herrscht. Viele Frauen finden in dem von ihnen als nur nüchtern und wirtschaftlich gesehenen Kampfe nicht die Befriedigung ihrer weiblichen Eigenart. Sie glauben, im sozialen Kampfe des Verbandes nicht die menschliche Wärme für ihre Seele zu finden, und so stehen sie dann oft abseits vom Kampfeswege ihrer Arbeitsschwestern und ihrer Männer.

Auch gegnerische Philosophen und Ethiker sehen wohl die Gefahr, die das heutige Wirtschaftsleben dem Wesen der Frau bietet. Man spricht da von einer „Verknüpfung der Frauenseele mit der Welt des Mannes", von der „seelischen Vermännlichung" im Heute und den Folgen, die das auch für die „Beziehungen der Ehe" bedeutet. Aber man erkennt drüben die Notwendigkeit einer Umgestaltung der Wirtschaftsordnung zur Freiheit der Frau nicht an.

Demgegenüber haben wir den schaffenden Frauen zu zeigen, wie der Kapitalismus mit der wirtschaftlichen Not auch ihre Seele verkümmern läßt. Die eigene glaubende Seele muß die Frauenseele dabei zum Schwingen bringen. Das Umspannende des gewerkschaftlichen Menschheitsgedankens muß in der Frau das Mütterliche rühren. Der geistige, künstlerische und sittliche Sinn der gewerkschaftlichen Befreiungstat muß im Fühlen der Frau zu Freude werden, und Wollen und Glauben und Opferlust und zu einem Bedürfnis, die Bewegung zu fördern, die da solchen Zielen dient.

Dr. Gustav Hoffmann.

Nach welchem Lesestoff verlangt die Arbeiterschaft?

Der Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Ortsverwaltung Berlin, macht fortlaufend Aufzeichnungen über die seiner Bibliothek entliehenen Bücher. Das Resultat dieser Aufzeichnungen wird alljährlich im Geschäftsbericht bekanntgegeben. Wir haben aus dem Material eine Zusammenstellung gemacht, die erkennen läßt, welcher Lesestoff von der Arbeiterschaft bevorzugt wird:

	Männliche Leser v. H.	Weibliche Leser v. H.
Geschichte, Politik, Gewerkschaft	4,0	2,1
Naturwissenschaft, Technik, Erd- und Völkerkunde, Reisebeschreibungen, Philosophie	5,7	3,1
Klassiker, Gedichte, Bühnenwerke, Biographien, Literatur- u. Kunstgeschichte	0,8	0,9
Romane, Novellen, Erzählungen	83,1	87,7
Humor, Satire usw.	6,4	6,2
	100,0	100,0

Diese Statistik zeigt erstens, zu welchem Lesestoff der Arbeiter und die Arbeiterin nach Feierabend greifen, und zweitens wie verschieden das Interesse der beiden Geschlechter ist. Von den Männern wurden besonders Reisebeschreibungen und von den Frauen Gesundheitsbücher gern gelesen. Aus der Erzählerliteratur bevorzugten die Männer soziale und Abenteuer-Romane und die Frauen neben den sozialen Romanen Gesellschaftsromane und Novellen. Von allen Teilnehmern werden noch immer am meisten Kriegsbücher gelesen. Ein Beweis, wie der Krieg noch immer nachwirkt. Die Frauen informieren sich über vorgegangene Umwälzungen und die in ständiger Umwälzung befindlichen Gesellschaftsverhältnisse, über die Kämpfe und Ziele der Arbeiterschaft lieber durch die Lektüre der neueren sozialistischen Romanschriftsteller als in wissenschaftlichen Werken. Der Jahresbericht, dem wir diese Angaben entnehmen, ist reich an Beweisen einer intensiven Gewerkschaftsarbeit.

Verlag: Hermann Gränzel; verantwortlich für den Inhalt: Edwin Renninger: beide Charlottenburg, Brahestraße 2—6. Druck: C. Janiszewski, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.